

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

E+Z

D+C

DIGITALE MONATSAUSGABE

2024 04

SUDAN

Ein Jahr nach Ausbruch
des Krieges leidet die
Zivilbevölkerung weiter

GAZA

Israel muss seiner
humanitären Pflicht
nachkommen

PAKISTAN

Neue Regierungskoalition
steht vor erheblichen
Herausforderungen

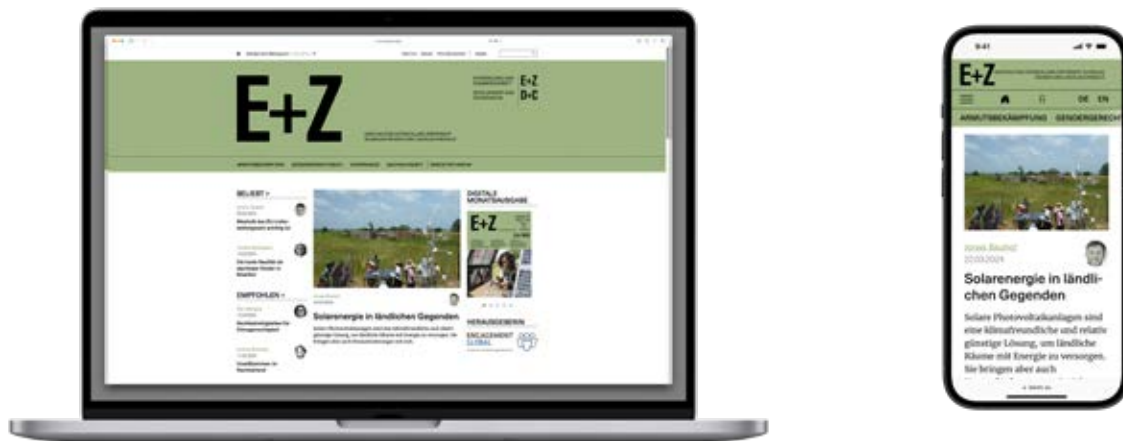


Entwicklung weiterdenken

Digitale Zukunft

Ein wichtiges Kapitel in der Geschichte von E+Z/D+C geht zu Ende: Ab dem kommenden Jahr werden wir unsere Plattform rein digital betreiben. Wir stellen unser Druckheft ein und werden die letzten beiden Ausgaben im Juni und November 2024 in Druck geben.

Mit Print begann vor 60 Jahren die Geschichte von E+Z/D+C, und der Abschied fällt uns nicht leicht. Allerdings kürzt die Bundesregierung die Mittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das uns finanziert. Das digitale Angebot weiterzuführen hat Vorrang vor den Ausgaben für Papier und Luftpost in entfernte Weltregionen. Ein positiver Nebeneffekt: Wir werden umweltfreundlicher.



In der E+Z/D+C-Redaktion ist uns bewusst, dass Abonnent*innen weltweit die Druckausgabe schätzen. Ihnen danken wir sehr herzlich und hoffen, sie mit unserem starken digitalen Angebot zu überzeugen: Auf **www.dandc.eu** veröffentlichen wir mindestens sechs Beiträge pro Woche. Außerdem bündeln wir unsere Inhalte in unserer Digitalen Monatsausgabe, in der wir auch thematische Schwerpunkte setzen. Sie steht auf unserer Website zum kostenlosen PDF-Download bereit. Um über unsere Inhalte auf dem Laufenden zu bleiben, abonnieren Sie gern unseren monatlichen Newsletter und folgen Sie uns auf Social Media.



D+C Development and Cooperation



@forumdc



D+C Development and Cooperation

Editorial

- 4 **HANS DEMBOWSKI**
Staatliche Entwicklungspolitik ist besser als ihr Ruf

Magazin

- 5 **ROLI MAHAJAN**
Katastrophale Lage im Sudan erfordert dringend mehr internationale Aufmerksamkeit
- 7 **ALBERT OPPONG-ANSAH**
Neem als Chance für Ghanas Landwirtschaft
- 9 **LARISSA BASSO UND EDUARDO VIOLA**
Was sich bei globaler Klimafinanzierung seit COP28 getan hat
- 11 **THUANY RODRIGUES**
Das harte Leben obdachloser Kinder in Brasilien
- 13 **CIKU KIMANI-MWANIKI / IMPRESSUM**
Heutzutage: Bergführerinnen auf Kenias Gipfeln

Debatte

- 14 **RIAD OTHMAN**
Israel muss seiner humanitären Pflicht in Gaza nachkommen
- 15 **MARVA KHAN**
Nach umstrittenen Wahlen steht die Koalition in Pakistan vor großen Herausforderungen
- 16 **CHARLES CHINANDA UND HAMLET MUKUWE**
Aktuelle Dürre in Sambia hat weitreichende Konsequenzen

Schwerpunkt: Entwicklung weiterdenken

- 18 **PRAVEEN JHA**
Die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung erfordern mehr Zusammenarbeit und bessere Finanzierung
- 20 **SVENJA SCHULZE**
Deutsche Entwicklungspolitik dient nicht nur Partnerländern, sondern auch den Menschen hierzulande
- 22 **BABA G. JALLOW**
In Afrika muss das Bildungsniveau steigen, auch um Entscheidungsträger stärker zur Verantwortung zu ziehen
- 24 **ANDRÉ DE MELLO E SOUZA**
Die Achse der wirtschaftlichen Entwicklung verschiebt sich vom Nordatlantik nach Asien
- 26 **ANNA-KATHARINA HORNIDGE**
Die Weltgemeinschaft muss zusammenrücken, um Zukunftsaufgaben zu bewältigen
- 28 **INTERVIEW MIT PIRMIN SPIEGEL**
Bei Entwicklungsprojekten ist die kulturelle Dimension zentral
- 30 **SUNDUS SALEEMI**
Postkoloniale Kritik an überkommenen Entwicklungskonzepten
- 32 **CORINA PFITZNER**
Konfliktregionen bei Anpassung an Klimafolgen unterstützen
- 33 **ANNA SOPHIE SCHMITZ**
Laut UN-Entwicklungsprogramm vergrößern sich bei wichtigen Kriterien die Unterschiede zwischen Ländern

SCHWERPUNKT

Entwicklung weiterdenken

Es steht nicht gut um die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung. Die Kluft zwischen armen und reichen Ländern wächst. Ex-Kolonialmächte, deren Reichtum auf Ausbeutung beruht, sind weiterhin privilegiert. Globale Polarisierung und Konflikte unterminieren die Zusammenarbeit, die nötig ist, um die UN-Ziele zu erreichen und globale öffentliche Güter zu sichern.

Titelseite: Nobelpreisträger Amartya Sen hat heutige Konzepte von Entwicklung maßgeblich beeinflusst.
Foto: picture-alliance/ASSOCIATED PRESS/Gretchen Ertl





Unser Schwerpunkt zum Thema Entwicklung weiterdenken beginnt auf Seite 17. Er hat direkten Bezug zu allen 17 UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs).

Klug verwendetes Gebergeld

In Ländern mit hohem Einkommen hat die Entwicklungspolitik oft keinen guten Ruf. Konservative und markliberale Kräfte behaupten, sie verschwende Geld, wirke nicht und sei dysfunktional. Entwicklungshilfe (ODA – Official Development Assistance) führe nur zu Korruption und Abhängigkeit. Das ist empirisch falsch.

Tatsächlich gibt es Korruption und Diskontinuität in Empfängerstaaten, aber beides kommt auch in reichen Nationen vor. Die gängige ODA-Kritik übersieht zudem, dass viele Entwicklungsländer dieses Geld in der Vergangenheit klug genutzt haben. Südkorea ist vielleicht das beste Beispiel. Es bekam umfassende Fördermittel, entwickelte sich dynamisch und wurde dann auch Mitglied der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development), des Verbunds von Ländern mit hohem Einkommen.

In jüngerer Vergangenheit hat Bangladesch ODA geschickt verwendet. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit galt es als

„Die ODA-Kritik in Hocheinkommensländern übersieht besonders gern, dass es nicht darum geht, armen Menschen wohl-tätig zu helfen.“

hoffnungsloser Fall, liegt aber heute bei allen wichtigen Entwicklungsindikatoren vor Indien und Pakistan.

Solche Erfolgsgeschichten werden als nationale Leistung gelesen, wobei ODA-Mittel vergessen werden. Dort, wo Erfolg ausbleibt, wird dagegen die Entwicklungspolitik der Geber verantwortlich gemacht. Auch das verzerrt die Wirklichkeit, denn wo globale Trends ganze Weltregionen destabilisieren, geht es um viel mehr als um mangelhaft konzipierte Projekte und Programme. In der Sahelzone etwa verschärft

die Klimakrise ohnehin großen Wassermangel. Obendrein wurden nach dem Sturz des Gaddafi-Regimes in Libyen Waffen in großer Zahl verfügbar, sodass islamistische Gewalt deutlich zunehmen konnte. Dass in der Region nachhaltige Entwicklung ausblieb, liegt wirklich nicht nur an fehlgeleiteter ODA. Die Sahelzone wurde in vielen Hinsichten im Stich gelassen.

Die ODA-Kritik in Hocheinkommensländern übersieht besonders gern, dass es nicht darum geht, armen Menschen wohl-tätig zu helfen. Globale öffentliche Güter wie Klimaschutz und Sicherheit gewinnen ständig an Bedeutung, und ODA-Geld wird dafür verwendet. Es dient oft mehreren Zwecken, etwa wenn Investitionen in erneuerbare Energie die Umwelt schützen und die Armut reduzieren.

Die UN-Ziele für Nachhaltigkeit (SDGs – Sustainable Development Goals) sind stimmig. Sie betonen sowohl das globale Gemeinwohl als auch das Recht aller Menschen auf individuelle Chancen, was marktorthodoxe Kräfte normalerweise gut finden. Um Wähler*innen zu beeindrucken, suggerieren verantwortungslose Kampagnen dagegen, Steuermittel würden systematisch verschwendet.

Finanzstarke Nationen tragen aber besondere Verantwortung für globale öffentliche Güter. Sie verfügen über die meisten Mittel – und ihr heutiger Wohlstand beruht historisch auf brutaler Ausbeutung von Kolonien.

Leider haben OECD-Mitglieder viele Versprechen in der Vergangenheit nicht erfüllt. Im Wettbewerb mit China und Russland ist es das falsche Signal, sich jetzt von globalen Aufgaben zurückzuziehen.

Übrigens gab es weltweit in den vergangenen Jahrzehnten riesige Fortschritte. In den 1970er-Jahren litt rund 1 Milliarde von knapp 4 Milliarden Menschen Hunger. Heute sind es weniger als 1 Milliarde, obwohl mittlerweile 8 Milliarden Menschen den Planeten bevölkern. Auch ist die Lebenserwartung weltweit um rund 20 Jahre gestiegen. Das hat nicht ODA allein bewirkt, sie hat aber geholfen – und zwar besonders dort, wo Entwicklungsländer sie gut nutzten.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z/
D+C.

euz.editor@dandc.eu



**Sudanesische
Geflüchtete in der
Wüste des Tschad.**

HUMANITÄRE NOTSITUATIONEN

Der vergessene Krieg

Der Sudan befindet sich in einem der weltweit verheerendsten Konflikte. Dennoch wird er in der krisengeschüttelten Weltlage völlig vernachlässigt. Vor rund einem Jahr brach der Krieg mit bisher mehr als 14 600 Toten und über zehn Millionen Vertriebenen aus. Das Land hat humanitäre Hilfe dringend nötig.

Von Roli Mahajan

Am 15. April 2023 brachen die Kämpfe zwischen der sudanesischen Armee (Sudanese Armed Forces – SAF) und einer rivalisierenden paramilitärischen Gruppe, den Rapid Support Forces (RSF), um die Kontrolle des Landes aus. Der Krieg hält bis heute an.

Beide Kriegsparteien machen nicht vor der Zivilbevölkerung halt. Die Armee hat zivile Ziele und wichtige Infrastruktur bombardiert, während die RSF beschuldigt werden, zu morden, zu vergewaltigen und zu plündern. Auch ein Nahrungsmittelnotstand droht. Das Welternährungsprogramm (WFP) meldet bereits Hungertote.

Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) mussten bis Jahresbeginn 10,7 Millionen Menschen fliehen. Die meisten von ihnen sind Binnenflüchtlinge. Diejenigen, die ins Ausland fliehen, kommen zum Großteil im Tschad unter.

Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte berichtet, dass fast die Hälfte

der Bevölkerung – 25 Millionen Menschen – dringend auf Nahrungsmittel und medizinische Hilfe angewiesen sind. Rund 80 Prozent der Krankenhäuser wurden geschlossen.

Bis März wurden mindestens 14 600 Menschen getötet und 26 000 weitere verletzt, wie aus Berichten der UN hervorgeht. Die Dunkelziffer könnte weitaus höher liegen.

DER KRIEGSAUSBRUCH

Der Zusammenbruch der Ordnung im Sudan im April 2023 kündigte sich seit Langem an. Im Guardian verfolgte die sudanesischen Journalistin Nesrine Malik seine Anfänge bis zu einem Aufstand ethnischer Minderheiten in Darfur (siehe Kasten) vor 20 Jahren zurück. Der damalige Präsident Omar al-Bashir wollte seine wertvolle Armee nicht in den Kampf um eine Region schicken, die er ohnehin vernachlässigte, und beauftragte stattdessen die arabische Miliz Dschandschawid damit, die Rebellion niederzuschlagen. Dschandschawid entwickelte sich sukzessive zu den paramilitärischen RSF.

Im Jahr 2019 endete al-Bashirs 30-jährige Diktatur. Ein instabiles Abkommen folgte, in dem sich Zivilbevölkerung und Militär die Macht teilten. Es scheiterte, als der Führer der sudanesischen Armee, General Abdel Fattah al-Burhan, 2021 den Ausnahmezustand ausrief. Al-Burhan verbündete sich mit den RSF und ergriff die Macht.

Stellvertreter wurde RSF-Anführer General Mohamed Hamdan Dagalo, genannt Hemmedi, indem er al-Bashir hinterging.

In den folgenden anderthalb Jahren nahmen Spannungen zwischen den beiden Fraktionen jedoch zu. Hauptstreitpunkte waren die Integration der RSF in die Armee und die Pläne für einen politischen Übergang. Den Einsatz von RSF-Mitgliedern im ganzen Land fasste die Armee schließlich als Bedrohung auf; es kam zu Gewaltausbrüchen auf den Straßen der Hauptstadt Khartum. Von dort breitete sich die Gewalt schnell im ganzen Land aus.

Anfangs kontrollierten die RSF große Teile Khartums, mit Ausnahme der Militärstützpunkte. Auch in den Städten al-Char-tum Bahri und Omdurman sowie in den westlichen Regionen Kurdufan und Darfur übernahmen sie die Kontrolle. Die Armee behauptete sich hingegen im größten Teil des Ostens und lenkte ihre Einsätze vom strategischen Zentrum Port Sudan aus.

Im Dezember drangen die RSF jedoch weiter nach Osten vor und eroberten die zweitgrößte Stadt des Sudan, Wad Madani. Im Februar gelang es der Armee nach monatelangen Rückschlägen, einen Teil von Omdurman zurückzuerobern – ihr erster bedeutender Territoriumsgewinn seit Kriegsbeginn. Nach Angaben von Middle East Eye hat sie auch in Khartum Durchbrüche erzielt.

Mehrere Waffenstillstände sind gescheitert. Zuletzt rief der UN-Sicherheitsrat zu einem Waffenstillstand während des Ramadans im März auf. Die RSF stimmten zu, die Armee nicht. Yasser al-Atta, ein ranghoher General der SAF, lehnte einen Waffenstillstand ab, solange die RSF zivile Wohngebiete nicht verlasse.

GLOBALE DIMENSIONEN

Der Konflikt hat globale Folgen. Regionale und internationale Mächte sind am Sudan interessiert, weil er den Nahen Osten und Afrika verbindet und reich an Bodenschätzen ist.

Unterstützt werden die RSF von der russischen Söldnergruppe Wagner. Das erklärt möglicherweise, weshalb auch die Ukraine im Sudan aktiv ist. Nach Angaben der Kyiv Post, der wichtigsten englischsprachigen Zeitung der Ukraine, unterstützen ukrainische Spezialeinheiten die sudanesischen Armee gegen die russischen Wagner-Söldner.

Einem Bloomberg-Bericht zufolge hat der Iran die sudanesische Armee mit Kampfdrohnen beliefert. Ägypten und Saudi-Arabien unterstützen ebenfalls die SAF. Die Vereinigten Arabischen Emirate wiederum, die den größten Teil der Goldreserven des Westsudan aufkaufen, haben Waffen an die RSF geliefert.

Die USA drangen bereits vor dem Krieg auf einen zivilen Übergang. Nun haben sie mit Saudi-Arabien mehrmals erfolglos versucht, zwischen den Kriegsparteien zu vermitteln. Im Dezember letzten Jahres beschuldigten die USA beide Parteien formell, Kriegsverbrechen und die RSF samt verbündeter Milizen Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Unter anderem werfen sie den arabisch geführten RSF vor, einen ethnischen Massenmord an den Masalit in West-Darfur verübt zu haben.

Die UN befürchten, dass sich der Konflikt über den Sudan hinaus ausbreiten und den Frieden in der gesamten Region gefährden könnte.

Die Lage im Sudan ist katastrophal, konkurriert aber mit den Kriegen in Gaza und der Ukraine um die internationale Aufmerksamkeit. Nach UN-Angaben ist die derzeitige Finanzierung der humanitären Hilfe völlig unzureichend.

Nach Angaben des UN-Kinderhilfswerks (UNICEF) benötigen 14 Millionen Kinder dringend lebensrettende Hilfe. Viele von ihnen haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, insbesondere in abgelegenen Gebieten.

Das Land ist auf dem Weg, die schlimmste Hungerkrise der Welt zu entwickeln. Nach Angaben des WFP sind fast 18 Millionen Menschen von akutem Hunger betroffen. Darüber hinaus sind neun von zehn von ihnen in Gebieten gestrandet, die für humanitäre Hilfe kaum zugänglich sind. Im Südsudan, wo 600 000 Menschen untergekommen sind, leidet jedes fünfte Kind in den Transitzentren an der Grenze an Unterernährung.

Die Flüchtlingslager können mit dem Tempo der Neuankömmlinge kaum

Schritt halten. In Adré, einer tschadischen Grenzstadt in der Nähe des Bundesstaates West-Darfur, ist die Zahl der sudanesischen Geflüchteten mehr als doppelt so hoch wie die Zahl der Einheimischen. Bei einer einheimischen Bevölkerung von 68 000 Menschen beherbergt Adré derzeit 150 000 Geflüchtete und hat kaum genug Lebensmittel und sauberes Wasser für alle. Hilfsorganisationen zufolge braucht es dringend mehr Unterkünfte, Medikamente und Grundversorgung. Das WFP hat angekündigt, dass die Gelder für die Nahrungsmittelhilfe für sudanesischen Geflüchtete im Tschad nächsten Monat auslaufen könnten.

Die ohnehin albatraumhafte Lage im Sudan droht sich noch weiter zu verschlimmern. Doch es fehlt an internationaler Aufmerksamkeit.



ROLI MAHAJAN

ist Journalistin aus Lucknow, Indien.

roli.mahajan@gmail.com

Jahrzehnte ethnischer Gewalt

Darfur ist eine Krisenregion im Sudan, die seit 20 Jahren wiederholt von brutalen Kämpfen heimgesucht wird. Der Krieg in Darfur brach 2003 aus, nachdem sich Darfuri-Rebellengruppen gegen die arabisch dominierte Regierung wegen der Benachteiligung ihrer Region aufgelehnt hatten. Was folgte, wurde als erster Völkermord des 21. Jahrhunderts bekannt: Zwischen 2003 und 2008 wurden rund 300 000 Zivilist*innen getötet und etwa 2,7 Millionen vertrieben.

Der Völkermord an den ethnischen Gruppen der Fur, Masalit und Zaghawa veranlasste den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), mehrere Personen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Vergewaltigung, Zwangsver-

treibung und Folter anzuklagen, darunter den ehemaligen Präsidenten Omar al-Bashir.

Obwohl die Gewalt in Darfur einige Jahre lang vorübergehend zurückging, war die Situation nie wirklich friedlich. Mit dem Kriegsausbruch im gesamten Sudan im April 2023

und neuen ethnischen Massentötungen (siehe Haupttext) hat sich die Situation erneut drastisch zugespitzt.

Viele Hilfsorganisationen verließen Darfur, als die Kämpfe ausbrachen. Ihre Einrichtungen sind vielerorts geplündert oder zerstört worden. Einige kehren zeitweise zurück, wenn die Sicherheitslage es zulässt.

Die Gesamtsituation ist verheerend: die UN schreiben

in einem Bericht, dass Säuglinge in Krankenhäusern sterben, Kinder und Mütter an schwerer Unterernährung leiden und Flüchtlingslager niedergebrannt werden. Geflüchtete berichten von erschütternden sexuellen Übergriffen gegen Darfuri-Frauen und -Mädchen, brutalen Tötungen und rassistisch motivierten Verbrechen.

Der IStGH schaltete sich nun erneut ein. Im Juli letzten Jahres leitete Chefankläger Karim Khan eine Untersuchung über mutmaßliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein, nachdem Massengräber der Masalit-Gemeinschaft entdeckt worden waren, die angeblich von den RSF und verbündeten Milizen getötet wurden. In einer Erklärung vor dem UN-Sicherheitsrat berichtete er, dass allein bis Dezember letzten Jahres mehr als 555 000 Darfuris in den Tschad geflohen seien. RM



Geflüchtete aus Darfur suchen Schutz im Tschad.

LANDWIRTSCHAFT

Ghanas grünes Gold

Neem-Samen verbessern die Lebensbedingungen ghanaischer Landwirt*innen. Auch die Umwelt profitiert, da sie die Abhängigkeit von chemischen Pestiziden und Düngemitteln verringern.

Von Albert Oppong-Ansah

Ernten und die Vorbereitung der Ernte für die Lagerung sind mühselige Arbeiten. Neigt sie sich dem Ende zu, machen Bauern normalerweise eine Pause.

Für Nora Achiligabe geht die Arbeit jedoch weiter. In der Nebensaison pflückt, reinigt und verpackt sie hauptsächlich Neembaum-Samen für den Verkauf. „Ich bekomme 180 Cedi – fast 15 Dollar – für je 50 Kilogramm, weil meine Samen immer sauber sind. Mit diesen Einnahmen können wir sicherstellen, dass wir genug zu essen haben, und die Grundbedürfnisse unseres Haushalts decken“, sagt sie. „Meine größte Lieferung waren 459 Säcke, die 82 620 Cedi, etwa 6700 Dollar, einbrachten. Ein gutes Geschäft.“

Achiligabe ist Mutter von vier Kindern und lebt in Sahanayili, einer Gemeinde im Bezirk Nanton in Ghanas Northern Region. Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) sind fast 60 Prozent der Frauen, die in Ghana auf dem Land leben, in der Landwirtschaft tätig.

„Der Handel mit Neem-Samen hat in den letzten zweieinhalb Jahren viele finanzielle Probleme meiner Familie gelöst. Die Mais- und Sojaerträge unserer Farm sind gesunken. Das hat sich auf unsere Lebensmittelversorgung ausgewirkt, aber die Einnahmen aus dem Neem-Handel ergänzen das Wenige, das wir ernten“, sagt Achiligabe. Ein Länderbericht der Weltbankgruppe über Klima und Entwicklung bestätigt, dass lange Dürreperioden, Überschwemmungen und steigende Temperaturen als Folge der Klimakrise die Erträge in Ghana beeinträchtigen.

Achiligabe ist eine von mehr als 581 Frauen in drei Kooperativen, die über die Regionen Northern, Upper East und West

verteilt sind und ghanaische Agrarunternehmen mit Neem-Saatgut beliefern.

ORGANISCHE PESTIZIDE UND DÜNGEMITTEL

Kingsworth Farms in Ghanas Hauptstadt Accra ist eines der Unternehmen, das Neem-Saatgut zur Herstellung von organischen Pestiziden und Düngemitteln verwendet. Ihre Produkte sind lokal und international gefragt. Der darin enthaltene Wirkstoff Azadirachtin wirkt als organisches Insektizid, Fungizid und Mitizid.

Forschungen zur Wirksamkeit von Biopestiziden wie Neem sind vielversprechend. Als Teil einer integrierten Schädlingsbekämpfungsstrategie können sie für viele Kulturen eingesetzt werden. Wissenschaftler*innen der University of Ghana haben etwa nachgewiesen, dass Neem-Samen-Extrakt gegen Diamantmottenbefall von Kohl wirkt. Es beseitigt außerdem andere Pflanzenschädlinge wie Heerwürmer, Blattläuse, Weiße Fliegen und Trauermücken.

Kingsworth Farms wurde vor drei Jahren als kleines Unternehmen gegründet. Inzwischen hat es die Zulassung von allen staatlichen Behörden erhalten, das Biopestizid zu produzieren und zu verkaufen.

„Wir sind derzeit eine der größten Fabriken des Landes mit einer Produktionskapazität von drei Tonnen pro Tag. Mittelfristig wollen wir auf 18 Tonnen aufstocken und die Absatzmärkte ins Ausland ausweiten, um vor allem Frauen würdige Arbeit zu bieten“, sagt James Quartey, Geschäftsführer des Unternehmens.

Um jederzeit liefern zu können, hat das Unternehmen 600 Hektar Neem-Setzlinge auf degradiertem Land in Dadieso in der Western North Region Ghanas angebaut und bereitet die Neubepflanzung von etwa 2000 Hektar ab nächstem Jahr vor.

DIE KOSTEN CHEMISCHER PESTIZIDE

Biopestizide werden dringend benötigt. Copperfield Banini, stellvertretender Direktor der Abteilung für Schädlings- und Krankheitsbekämpfung der ghanaischen Pflanzenschutz- und Zulassungsbehörde, befürchtet, dass die globale Erhitzung ein günstiges Klima für Schädlinge und Krankheiten schaffen wird. Dies würde den Einsatz von mehr chemischen Pestiziden fördern. Chemische Pestizide wiederum



Neem-Blätter können zur Herstellung eines organischen Pestizids verwendet werden.



verursachen massive Umweltschäden, gefährden die Artenvielfalt und schaden der menschlichen Gesundheit.

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind besorgt, dass die Landwirtschaft in Ghana größtenteils auf chemische Pestizide angewiesen ist. Einige der nicht zugelassenen, aber in Ghana eingesetzten Pestizide enthalten Wirkstoffe, die von der WHO und der EU als sehr gefährlich eingestuft wer-

den, weil sie Böden, Wasser und Artenvielfalt schaden.

Die Organisationen fordern Regierung und Privatsektor deshalb auf, in die Forschung zu alternativen Schädlingsbekämpfungsmethoden wie Biopestiziden zu investieren.

KLIMAFREUNDLICHE TECHNOLOGIE

Auch Ken Okwae Fening, der subregionale Koordinator des regionalen afrikanischen Postgraduiertenprogramms für Insektenkunde an der University of Ghana, ist von Neem-Produkten überzeugt. Schädlinge würden nicht so leicht resistent gegen sie, da sie mehrere Wirkmechanismen haben.

Auch wenn Neem-Produkte nicht frei von Nebenwirkungen sind, gelten sie als weniger schädlich für einige Nutzinsekten als viele synthetische Agrochemikalien.

Fening befürwortet die Idee, mehr Neem-Bäume insbesondere auf degradiertem Land zu pflanzen, damit sie auch als

Kohlenstoffsенке dienen und für saubere Luft sorgen können. „Die Samen und Blätter sind nicht nur immer verfügbar und erschwinglich, sondern können auch genutzt werden, während der Baum unversehrt bleibt“, sagt der Agrarentomologe. „Außerdem ist das Sammeln der Samen eine gute Einkommensquelle vor allem für Frauen.“

Fening erklärt, dass die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Neem-Samen ein Beispiel für eine klimafreundliche Technologie sei, die den Ernteertrag ankurbelt, zur Lebensmittelsicherheit beiträgt und als alternative Einkommensquelle dient. So stärkt sie auch die Widerstandsfähigkeit gegen die Klimakrise auf lokaler Ebene.



ALBERT OPPONG-ANSAH
ist ghanaischer Journalist und hat sich auf Umwelt- und Entwicklungsthemen spezialisiert.

ansahalbert@gmail.com

Bleiben Sie mit unserem Newsletter zu wichtigen Themen auf dem Laufenden. Wir versenden ihn einmal im Monat sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch. Die Anmeldung zum Newsletter ist kostenfrei auf www.dandc.eu.





Demonstration für den Loss and Damage Fund auf der COP28 in Dubai.

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Globale Klimafinanzierung: ein Update nach der COP28

Mehrere Länder machten im vergangenen Jahr auf dem UN-Klimagipfel in Dubai Zusagen zu verschiedenen Klimafonds. Sie reichen aber längst nicht aus, um die Kosten für Anpassung, Verluste und Schäden zu decken. Derweil ziehen geopolitische Spannungen weiter Aufmerksamkeit ab.

Von Larissa Basso und Eduardo Viola

Seit Einführung des internationalen Klimaregimes haben sich die reichen Länder verpflichtet, Entwicklungsländer finanziell bei der Bekämpfung der globalen Erhitzung zu unterstützen. Im Jahr 2009 erneuerten sie dieses Versprechen und verpflichteten sich, bis 2020 gemeinsam 100 Milliarden Dollar pro Jahr zu geben. Auf dem Klimagipfel 2015 in Paris verlängerten sie dieses Ziel bis 2025. Ab dann wollten sie ein neues gemeinsames Ziel von mindestens 100 Milliarden Dollar jährlich festlegen.

Wir haben hier schon einmal analysiert, inwiefern die reichen Länder ihren

Verpflichtungen nachkommen (E+Z/D+C Digitale Monatsausgabe 11/2023, S. 4) – nämlich kaum. Nun prüfen wir, was sich seit dem UN-Klimagipfel im Dezember 2023 in Dubai (COP28) getan hat.

Auf der COP28 wurden neue Zusagen für verschiedene Klimafonds gemacht, die ärmere Länder beim Klimaschutz unterstützen. Erstens wurde bei der Eröffnung der COP28 offiziell ein Fonds zur Deckung von Verlusten und Schäden (Loss and Damage Fund) eingerichtet. Mehrere Länder machten Zusagen dafür, allen voran Frankreich und Italien mit je 108,9 Millionen Dollar, gefolgt von Deutschland und den Vereinigten Arabischen Emiraten mit je 100 Millionen Dollar. Insgesamt wurden bisher rund 661 Millionen Dollar versprochen.

Die UNFCCC-Mitglieder hatten 2022 auf der COP27 in Scharm el-Scheich die Einrichtung des Loss and Damage Fund beschlossen. Anfällige Länder sollten für klimabedingte Schäden entschädigt werden, die schon eingetreten oder unvermeid-

bar sind und an die sich die Menschen nicht mehr anpassen können. Bis 2023 wurde über die Funktionsweise des Fonds verhandelt. Man einigte sich darauf, dass die Weltbank ihn über ein Gremium von 26 Direktor*innen verwaltet, die sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer vertreten. Öffentliche und private Beiträge sollen einfließen.

Zweitens wurden in Dubai weitere Mittel für den Grünen Klimafonds (Green Climate Fund – GCF) bereitgestellt. Der GCF wurde 2010 eingerichtet, um Entwicklungsländern Gelder für die Eindämmung des Klimawandels und die Anpassung an ihn zu geben. Der Fonds akzeptiert Beiträge von UNFCCC-Ländern, öffentlichen, nicht-öffentlichen und alternativen Quellen, auch von Ländern, die keine Vertragsparteien der UNFCCC sind, und von privaten Stiftungen. Für den ersten Zeitraum von 2015 bis 2018 wurden 9,3 Milliarden Dollar bestätigt, weitere 9,9 Milliarden Dollar für den ersten Wiederauffüllungszeitraum von 2019 bis 2023.

Der zweite GCF-Wiederauffüllungszeitraum läuft von 2024 bis 2027. Schon vor der COP28 hatten die Länder 9,3 Milliarden Dollar dafür zugesagt. In Dubai wurden weitere 3,5 Milliarden Dollar angekündigt. Fließen alle Gelder tatsächlich, erhält der GCF in dieser Zeit mindestens 12,8 Milliarden Dollar.

Drittens haben mehrere Länder Zusagen für die drei UNFCCC-Fonds gemacht, die 2001 für die Anpassung an die Klimakrise eingerichtet wurden. Für den Adaptation Fund sagten die Länder insgesamt 192 Millionen Dollar zu. Deutschland gab mit 65,7 Millionen Dollar das meiste. Der Adaptation Fund stellt Gelder für die Anpassung an den Klimawandel für nicht in Anhang I des UNFCCC aufgeführte Länder bereit, also vor allem für Länder, die nicht als entwickelte Industrieländer gelten und am stärksten vom Klimawandel betroffen sind.

Der Least Developed Countries Fund (LDCF) und der Special Climate Change Fund (SCCF) widmen sich der Anpassung in den Bereichen Landwirtschaft, Wasser und naturbasierte Lösungen sowie Frühwarn- und Klimainformationssysteme. In Dubai wurden für den LDCF insgesamt 141,7 Millionen Dollar zugesagt, für den SCCF 32,5 Millionen Dollar. Beide Fonds verwaltet die Globale Umweltfazilität. Der LDCF konzentriert sich auf den direkten Anpassungsbedarf der am wenigsten entwickelten Länder, der

SCCF unterstützt alle Entwicklungsländer, mit Schwerpunkt auf Klimaanpassung in kleinen Inselstaaten.

DIE ERFOLGE SIND RELATIV

Einem OECD-Bericht zufolge betrug 2021 die gesamte Klimafinanzierung 89,6 Milliarden Dollar (OECD 2023). Auf Basis vorläufiger Daten hält es die OECD für wahrscheinlich, dass das Ziel von 100 Milliarden Dollar im Jahr 2022 erreicht wurde. Die Zusagen in Dubai sind ein wichtiger Schritt zur mittelfristigen Erreichung des Ziels.

Das alles ist aber aus mindestens drei Gründen mit Vorsicht zu genießen:

Erstens sind 100 Milliarden Dollar pro Jahr nur ein Bruchteil dessen, was es zur Finanzierung von Anpassung und Schäden in Entwicklungsländern braucht (siehe Kasten).

Zweitens ist die Last für das 100-Milliarden-Dollar-Jahresziel weiter ungleich verteilt. Das World Resources Institute (WRI), ein unabhängiger Think Tank mit Sitz in Washington D.C., bewertete, wie viel jedes Industrieland auf Basis seines Bruttonationaleinkommens und seiner Bevölkerung beitragen sollte. Ihren gerechten Anteil tragen demnach sehr wenige Länder bei, dar-

an haben auch die Zusagen in Dubai nichts geändert.

Drittens: Wichtige Gründe, weshalb Industrieländer ihre Zusagen nicht einhalten, wurden in Dubai nicht effektiv angegangen. So werden etwa nicht eingehaltene Zusagen zur Klimafinanzierung weiterhin nicht sanktioniert.

WACHSENDE GEOPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Derweil ziehen geopolitische Konflikte Aufmerksamkeit und Ressourcen von der Klimafinanzierung ab. Seit Russlands Angriff auf die Ukraine haben die westlichen Länder ihr Militärbudget aufgestockt. Dieses Geld fehlt für andere Ziele, etwa den Klimaschutz. Auch der Gaza-Krieg sorgt für Instabilität. Die Feindseligkeiten sind seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 eskaliert, und das Risiko, dass sich der Krieg auf den gesamten Nahen Osten ausweitet, ist groß. Auch die Feindseligkeiten zwischen den USA und Iran und der strategische Wettbewerb zwischen den USA und China sind Grund zur Sorge.

Auch der Ausgang der US-Präsidentenwahlen wird sich wohl auf die Klimafinanzierung auswirken. Unter Präsident

Donald Trump traten die USA 2017 aus dem Pariser Klimaabkommen aus. Präsident Joe Biden brachte sein Land 2021 wieder in das Abkommen zurück. Falls Trump die Wahl im November gewinnt, könnte das die amerikanische und internationale Klimapolitik erheblich beeinträchtigen.

LINK

OECD, 2023: Climate finance provided and mobilised by developed countries in 2013-2021.

<https://www.oecd-ilibrary.org/sites/e20d2bc7-en/index.html?itemId=/content/publication/e20d2bc7-en>



LARISSA BASSO
forscht zu internationaler
Umweltpolitik am Institute of
Advanced Studies an der
Universität von São Paulo.

larissabasso@gmail.com



EDUARDO VIOLA
ist Professor für internationale
Beziehungen an der
Universität von São Paulo, der
Universität von Brasília und

der Getúlio Vargas Foundation.
eduardo.viola@fgv.br

Riesige Lücke

Beim UN-Klimagipfel in Dubai (COP28) im Dezember machten die reichen Länder Zusagen für verschiedene Klimafonds, um die Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, gegen die Erderwärmung anzugehen. Weitere 3,5 Milliarden Dollar wurden für den Green Climate Fund angekündigt und insgesamt etwa eine Milliarde Dollar für den neuen Loss and Damage Fund, den Adaptation Fund, den Least Developed Countries Fund und den Special Climate Change Fund (siehe Haupttext).

Das sind zwar Schritte in die richtige Richtung,

doch es reicht längst nicht, um den Herausforderungen für die ärmsten Länder zu be-



gegen. Der Adaptation Gap Report 2023 des UN-Umweltprogramms (UNEP) schätzt, dass die Anpassungskosten für Entwicklungsländer in diesem Jahrzehnt zwischen 215 und 387 Milliarden Dollar pro Jahr liegen. Diese Kosten werden wohl bis 2050 wegen der wachsenden Klimarisiken deutlich ansteigen (UNEP 2023).

Die internationale öffentliche Anpassungsfinanzierung von 21 Milliarden Dollar für 2021 einberechnet, erwartet das UNEP eine Finanzierungslücke für die Entwicklungsländer von 194 bis 366 Milliarden Dollar pro Jahr. Der Bedarf ist somit 10- bis 18-mal so hoch wie die internationale Finanzierung und mindestens 50 Prozent höher als bisher geschätzt, so das UNEP.

Ohne Anpassung gibt es jedoch mehr Verluste und Schäden, also höheren Bedarf in diesem Bereich. Optimistisch geschätzt braucht es bis 2030 mindestens 20 Milliarden Dollar und bis 2050 mindestens 100 Milliarden Dollar pro Jahr, um die Kosten für Verluste und Schäden in Entwicklungsländern zu decken. Andere Berechnungen legen deutlich höhere Beträge nahe. Selbst wenn also alle Zusagen aus Dubai eingehalten werden, reicht das Geld längst nicht aus.

LB, EV

LINK

UNEP, 2023: Adaptation Gap Report 2023.

<https://www.unep.org/resources/adaptation-gap-report-2023>



Obdachlose Kinder erhalten ein Mittagessen in Brasília, Brasilien, 2020.

KINDERARMUT

Hartes Leben obdachloser Kinder

Obdachlosigkeit ist ein großes Problem in Brasilien, und es betrifft auch kleine Kinder. Ihre Rechte werden massiv verletzt.

Von **Thuany Rodrigues**

Laut einer Studie des Institute of Applied Economic Research (Ipea) lebten 2022 mehr als 281 000 Obdachlose in Brasilien. Die Zahl ist seit 2019 infolge der Covid-19-Pandemie um 38 Prozent gestiegen. Die Mehrheit sind erwachsene Männer, aber auch jüngere sind betroffen. Offiziellen Statistiken zufolge sind etwa 6000 der obdachlosen Menschen in Brasilien jünger als 18 Jahre und mehr als 2000 jünger als fünf Jahre. Wahrscheinlich gibt es eine beträchtliche Dunkelziffer, sowohl bei Erwachsenen als auch bei Kindern.

Wer auf der Straße lebt, hat nicht nur täglich mit Kälte, Hunger, Gewalt, mangelnder Hygiene und fehlender Struktur zu kämpfen, sondern sieht sich auch mit sozialer Stigmatisierung konfrontiert. Für große Teile der brasilianischen Gesellschaft sind Obdachlose unsichtbar.

Jungen obdachlosen Kindern fehlt oft ein intaktes Familienleben. Sie haben möglicherweise schwere Konflikte, Trennungen

oder Vernachlässigung erlebt. Alleinerziehende Mütter, die mit ihren kleinen Kindern auf der Straße leben, flüchten beispielsweise oft vor häuslicher Gewalt und sexuellem Missbrauch. Auch Drogenmissbrauch spielt eine wichtige Rolle. Außerdem gibt es unverhältnismäßig viele Schwarze Obdachlose, was die koloniale Vergangenheit Brasiliens und den daraus resultierenden strukturellen Rassismus widerspiegelt.

Armut ist der gemeinsame Nenner, der die Lebensgeschichten obdachloser Kinder verbindet. Ihre Familien haben oft kein angemessenes Einkommen und keinen Zugang zu Sozialversicherungsleistungen. Andere sind durch Naturkatastrophen vertrieben worden. Auch Covid-19 hatte massive Auswirkungen. Als die Pandemie die bereits angeschlagene brasilianische Wirtschaft traf, verloren viele Menschen ihre Arbeit und hatten Probleme, ihre Miete zu bezahlen. Viele fielen durch das soziale Netz. Soziale Organisationen stellten fest, dass die Zahl der Obdachlosen sprunghaft anstieg, darunter auch Familien mit kleinen Kindern.

Viele obdachlose Kinder leben in Städten. In Brasiliens größter Stadt, São Paulo,

ergab eine Zählung der Stadtverwaltung im Mai 2022, dass 3700 Kinder und Jugendliche auf der Straße leben. Laut der Erhebung betteln 73 Prozent von ihnen um Geld oder arbeiten, um zu überleben. Die meisten von ihnen finden nachts einen überdachten Schlafplatz. Etwa zehn Prozent müssen jedoch die Nacht auf der Straße verbringen.

Ein Leben unter solchen Bedingungen verletzt die Rechte dieser Kinder massiv. Das bestätigt eine Umfrage, die die NGO Visão Mundial (in anderen Teilen der Welt bekannt als World Vision) 2017 veröffentlicht hat. Sie wurde mit 586 Kindern und Jugendlichen im Alter von zwei bis 17 Jahren durchgeführt, die von verschiedenen Organisationen betreut wurden.

In der Studie wurden Themen wie Wohlbefinden, Ernährung, Missbrauch, Kinderarbeit, früher Kontakt mit Drogen und kriminelle Handlungen untersucht. Die Daten zeigen, dass mehr als die Hälfte der Kinder im Alter zwischen zwei und sechs Jahren eine extreme Verletzung ihrer Rechte erlebt. Von den Kindern im Alter zwischen sieben und elf Jahren gab mehr als ein Drittel an, Gewalt erlitten zu haben.

Die Studie kam unter anderem zu dem Schluss, dass die Kinder und Jugendlichen

- physisch und psychisch missbraucht wurden,
- leichten Zugang zu Drogen hatten,
- unter Ausbeutung durch Kinderarbeit litten und
- teils nicht zur Schule gingen.

WIRKUNGSLOSE POLITIK

Nancy Amaral ist Sozialarbeiterin und Vormundschaftsberaterin bei Reference Centres for Social Assistance (CRAS), einer staatlichen Einrichtung für soziale Grund-sicherung. Ihrer Meinung nach gehören zu den Hauptfaktoren, weshalb Kinder in Brasilien auf der Straße leben, Armut, Gewalt, Missbrauch und dysfunktionale Familien, aber auch eine ineffektive Wirtschaftspolitik und ein Mangel an pädagogischer Unterstützung und Aufsicht durch den Staat.

Amaral erläutert, dass junge obdachlose Kinder unter einer verzögerten körperlichen und psychischen Entwicklung litten, verursacht unter anderem durch Hunger, Ausbeutung, Drogenkonsum und ein hohes Maß an Stress. „Aufgrund der psychologischen, sozialen und schulischen Folgen werden diese Kinder ein Leben lang traumatisiert sein“, sagt sie. Gleichzeitig zeigten viele von ihnen eine erstaunliche Widerstandsfähigkeit. „Obwohl sie in einem extrem verletzlichen Zustand leben, scheinen



sie in der Lage zu sein, sich eine Zukunft vorzustellen, und Wege zu finden, sich in der Welt zurechtzufinden“, sagt Amaral.

Im Dezember 2023 startete die Regierung Lula einen nationalen Unterstützungsplan für Obdachlose. Im Rahmen des Programms sollen rund 1 Milliarde brasilianische Real (etwa 200 Millionen Dollar) für Nahrungsmittel, Gesundheit und Wohnraum bereitgestellt werden. Dazu gehören auch Kampagnen gegen die Diskriminierung von Obdachlosen und Projekte zur Integration in den Arbeitsmarkt. Sowohl re-

gionale und kommunale Behörden als auch zivilgesellschaftliche Organisationen sollen einbezogen werden.

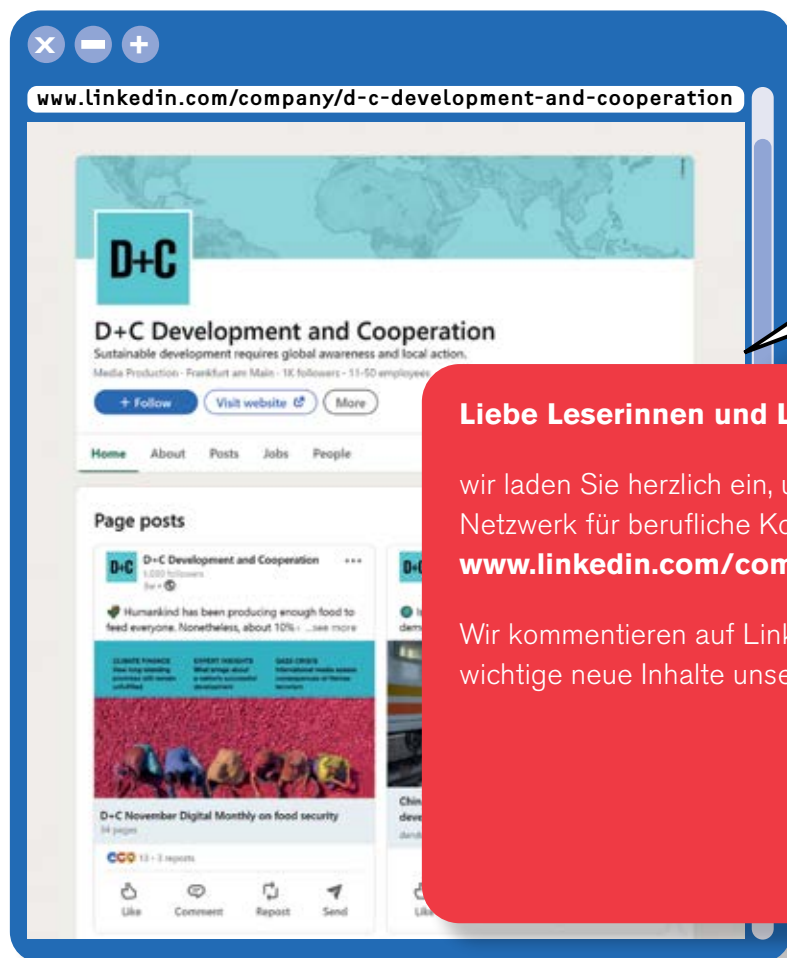
Kritiker*innen bemängeln jedoch, dass die Pläne der Regierung die Ursachen für die schlimme Lage der Obdachlosen nicht ausreichend berücksichtigten. Damit deutlich weniger Kinder auf der Straße leben, müsse der brasilianische Staat seine Präventionsbemühungen verstärken, so die Sozialarbeiterin Amaral. Mehr Familien müssten in Sozialversicherungsprogramme aufgenommen werden und Zugang zu Wohnraum und Bildung erhalten.

Nach Ansicht von Amaral sollte der Staat auch zuverlässigere Daten über obdachlose Kinder erheben, damit wirksamere Maßnahmen und Strategien folgen können – um sicherzustellen, dass die Kinder die Versorgung erhalten, die sie verdienen.



THUANY RODRIGUES
ist Journalistin und lebt in Rio de Janeiro.

thuanyrodrigues@gmail.com



**Folgen Sie
uns auf
LinkedIn!**

Liebe Leserinnen und Leser,

wir laden Sie herzlich ein, uns auf LinkedIn zu folgen, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Sie finden uns unter **www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation**

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hin.

Kenias Gipfelstürmerinnen

Das Bergsteigen ist in den vergangenen Jahrzehnten bei Kenianer*innen sehr beliebt geworden – auch bei Frauen. Diese klettern meist in ihrer Freizeit, während viele Männer nur als Helfer für Tourist*innen tätig sind.

Kenia hat den zweithöchsten Gipfel Afrikas, der seit jeher ein beliebtes Ziel für Ausländer*innen ist. Traditionell waren die meisten kenianischen Bergsteiger*innen Männer, die als Helfer für ausländische Bergsteiger*innen arbeiteten.

Stella Kaburu, besser bekannt als „Bergziege“, hat sich in den vergangenen zehn Jahren den Respekt der Bergsportgemeinschaft erworben. Obwohl ihre Eltern wollten, dass sie Krankenschwester wird, wusste Stella von klein auf, dass sie in die Berge wollte.

„Ich wurde am Fuß des Mount Kenya geboren und wachte jeden Morgen mit dem Blick auf den Berg auf. Mein Großvater war einer der ersten Bergsteiger, die für ausländische Tourist*innen als Träger arbeiteten. Mein Onkel trat in seine Fußstapfen, und er hat mich die ersten Male mit in die Berge genommen“, erklärt sie.

Stella ist außerdem ehrenamtliche Aufseherin des Kenya Wildlife Service, zertifizierte Safari-Führerin und Kampfsportlerin. Sie leitet gemeinsam mit ihrem Mann das Reiseunternehmen Mara Expeditions. „Mit dem Bergsteigen hatte ich nie ein Problem. Ich hatte anfangs nur Angst, mit fremden Männern

in der Wildnis zu sein. Es gab einmal ein Problem mit einem Übersetzer, der versucht hat, mich anzugehen. Mit dem bin ich aber leicht fertig geworden.“

Stella ist eine der wenigen Bergführerinnen, was sie sehr begehrt macht. „Ich verstehe die Probleme der Frauen, und das hat sich bei weiblichen Kunden als sehr nützlich erwiesen. Meist engagieren mich die Leute bewusst deshalb, weil ich eine Frau bin.“ Stella ist auch eine Mentorin für eine neue Generation von Bergsteigerinnen. Sie hat gerade einen Dokumentarfilm über die weniger bekannten Orte in Kenia fertiggestellt.

Die Psychologin Wandia Maina hatte hingegen nie vor, Bergsteigerin zu werden. „Ich nenne mich selbst eine zufällige Bergsteigerin.“ Sie war auf der Suche nach einer Beschäftigung außerhalb der Stadt und schloss sich ihrem bergsteigenden Bruder in den Ngong-Bergen an. „Ich war sofort Feuer und Flamme, auch wenn die erste Tour nicht nur ein paar Stunden, sondern gleich den ganzen Tag gedauert hat.“

In den nächsten sechs Monaten verbrachte Wandia jeden Samstag damit, die sieben Hügel der Ngong Hills zu besteigen. Dass sie das Bergsteigen zu ihrem Beruf machte, war reiner Zufall. Ihre Freund*innen aus der Stadt, die sich über ihre Abwesenheit bei ihren Partys wunderten, baten sie, sie begleiten zu dürfen.

„Schließlich organisierte ich die Bergtouren und wurde bald sehr gut darin. Einmal im Monat fand irgendwo eine Klettertour statt, und jeden Monat wurden es mehr. Die größte Gruppe, die ich betreute, hatte 80 Teilnehmer*innen“, erklärt sie.

Alles lief gut, bis sich eines Tages ein Wanderer ein Bein brach und sie feststellte, dass sie nicht dafür ausgebildet war, Touren zu leiten. „Ich hatte jedoch Glück, denn drei der Wanderer waren Ärzte, die ihre Notfallausrüstung dabei hatten. Nach diesem Vorfall ließ sie sich aber als qualifizierte Bergführerin und Ersthelferin ausbilden.



CIKÜ KIMANI-MWANIKI
ist eine kenianische
Autorin, die in Nairobi lebt.

thevillager254@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

65. Jg. 2024

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 26.03.2024 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development und Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1

D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Jörg Döbereiner (JD), Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO), Dagmar Wolf (DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media) Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Sseguija Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4-6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites gestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).





Abwurf humanitärer Hilfsgüter auf Gaza im März.

REGELBASIERTE WELTORDNUNG

Kinder verhungern

Die humanitäre Lage in Gaza ist unsäglich. Unter der Besatzung Israels sind viele Menschen dem Hungertod nahe.

Von Riad Othman

Im nördlichen Gazastreifen sind mittlerweile 15,6% der unter Zweijährigen akut unterernährt. Sie leiden unter rapidem Gewichtsverlust, Muskelschwund und einem geschwächten Immunsystem. Irgendwann sterben sie – an Krankheit oder Hunger. Einige Kleinkinder sind bereits gestorben.

Seit fünf Monaten weitet sich die Hungersnot in Gaza laut Global Nutrition Cluster in bisher ungekanntem Tempo aus. Die israelische Armee gibt an, das am schlimmsten betroffene Gebiet zu kontrollieren. Nach humanitärem Völkerrecht ist Israel somit für die Grundversorgung der Menschen verantwortlich.

Am 26. Januar unterstrich der Internationale Gerichtshof (IGH) dies durch eine verbindliche Anordnung. Er forderte Israel auf, „alles in seiner Macht stehende zu tun, um zu verhindern“, was nach der entsprechenden Konvention als Völkermord gelten könnte. Sogar der von Israel bestellte Richter Aharon Barak stimmte „ungehindertem

Zugang“ für humanitäre Hilfe nach Gaza zu – und dass Israel die Verwendung genozidaler Rhetorik verhindern und strafrechtlich verfolgen müsse.

Was derzeit in Gaza geschieht, ähnelt stark dem, was Verteidigungsminister Yoav Gallant Anfang Oktober ankündigte: Israel werde Gaza in einer „vollständigen Belagerung“ abschneiden von Strom, Wasser, Lebensmitteln und Treibstoff. Zwar währte die absolute Belagerung nicht lange, doch wurden viel zu wenige Hilfslieferungen in das Gebiet gelassen.

Vor dem Krieg brachten 500 bis 550 Lastwagen täglich lebenswichtige Güter nach Gaza. Im Februar waren es nur noch etwa 100 pro Tag. Die Lage wurde nach der Anordnung des IGH sogar noch schlimmer. Direkt nach der Anhörung befand die deutsche Regierung, Südafrikas Klage „entbehrt jeder Grundlage“.

US-Präsident Joe Biden machte klar, dass Israel die Lage verbessern müsse – zog aber keine rote Linie. Israel genießt weiter die volle Unterstützung der USA. Das Weiße Haus hat den Abwurf von Hilfsgütern aus der Luft auf Gaza angeordnet und plant auch Hilfslieferungen über den Seeweg. Die deutsche Regierung will beides unterstützen.

Sinnvoll ist der Ansatz nicht. Die Menschen in Gaza brauchen die Lebensmittel jetzt, aber der Bau des von Biden versprochenen provisorischen Piers dauert sechzig Tage. Lufttransporte sind teuer, können aber nur wenige Güter liefern und die Versorgung der Bedürftigsten nicht sicherstellen.

Für humanitäre Organisationen sind Lufttransporte das letzte Mittel, um Hilfsgüter in unzugängliche Gebiete zu bringen, etwa nach Erdbeben oder Überschwemmungen. Doch das Desaster im Gazastreifen spielt sich nur wenige Kilometer entfernt von Israel und Ägypten ab, wo es reichlich Hilfsgüter gibt. Israel hat Mittel und Wege, um diese Katastrophe zu stoppen – und ist dazu auch rechtlich verpflichtet.

Hunger als Waffe zu nutzen ist ein Kriegsverbrechen, genauso wie kollektive Bestrafung, die mutwillige Zerstörung ziviler Infrastruktur (darunter Universitäten, Schulen und Kliniken) sowie die Entführung, willkürliche Inhaftierung und Folter von Zivilist*innen aus Gaza.

Natürlich ist auch die Hamas schuldig an Kriegsverbrechen, darunter die Ermordung, Folterung und Entführung israelischer Zivilist*innen am 7. Oktober und das wahllose Abfeuern von Raketen auf Israel. Begeht die eine Seite Kriegsverbrechen, darf die andere Seite das aber nicht einfach auch tun.

Wer Waffen an Israel liefert, könnte auch mehr Druck auf die Regierung ausüben. Wenn Israels engste Verbündete wollen, dass das Töten, Leiden und Sterben aufhört, dann hört es auf. Doch sie leisten lediglich spärlich humanitäre Hilfe und lenken so von dem ab, was Israel dringend tun müsste.

Wenn wir eine regelbasierte Weltordnung wollen, müssen wir bestehendes Recht anwenden. Regeln zu beugen heißt, mit zweierlei Maß zu messen. Es untergräbt die Glaubwürdigkeit des multilateralen Systems – und die universellen Menschenrechte.



RIAD OTHMAN
ist Nahost-Referent von
medico international und
arbeitet im Berliner Büro der
Frankfurter Menschenrechts-

und Hilfsorganisation.

othman@medico.de

https://twitter.com/othman_riad



Empörte Imran-Khan-Anhänger Mitte-Februar in Rawalpindi.

WAHLEN IN PAKISTAN

Lösungen zählen, nicht Rhetorik

Die Parlamentswahlen in Pakistan am 8. Februar fanden inmitten politischer Unruhen statt. Vorwürfe des Wahlbetrugs werden erhoben. Dennoch hat sich inzwischen eine Koalition gebildet, die vor enormen Herausforderungen steht – insbesondere was die Stabilisierung der Wirtschaft und das Katastrophenmanagement angeht.

Von Marva Khan

Die neue Koalition gilt als schwach und entspricht weitgehend der alten. Premierminister ist wieder Shehbaz Sharif, der blässere Bruder des charismatischen Nawaz Sharif, der schon mehrmals Regierungschef war. Ihre PML-N (Pakistan Muslim League-Nawaz) koalitiert nun erneut mit der Erzrivalin PPP (Pakistan People's Party) sowie mehreren kleinen Parteien. Vorsitzender der PPP ist Bilawal Bhutto-Zardari, der Sohn von Pakistans erster und bislang einziger Premierministerin Benazir Bhutto, die 2007 im Wahlkampf ermordet wurde. Asif Zardari, der Co-Vorsitzende der PPP, ist zum zweiten Mal zum Präsidenten des Landes gewählt worden.

Das Bündnis hatte im Wahlkampf einen schweren Stand. Der populistische Ex-Premier Imran Khan wurde zwar in der Woche vor der Wahl wegen Korruption und Verrat von Staatsgeheimnissen zu mehr-

jährigen Haftstrafen verurteilt, bleibt aber beliebt. Das oberste Gericht untersagte den Kandidat*innen seiner PTI (Pakistan Tehreek-e-Insaf), für diese Partei anzutreten, weil interne Wahlen nicht regelkonform durchgeführt worden waren. Sie traten aber als Unabhängige an und gewannen zahlreiche Sitze in drei von vier Provinzparlamenten.

Direkt nach den Wahlen hagelte es Kritik von verschiedenen Parteien und ausländischen Regierungen. Bei Protesten der PTI, die von Wahlbetrug zu ihren Ungunsten sprach, wurden zahlreiche Demonstrierende festgenommen, darunter bekannte politische Persönlichkeiten. Das Free and Fair Election Network (FAFEN) meldete ebenfalls Zweifel an und kritisierte Verzögerungen bei der Bekanntgabe der Ergebnisse. Es vereint Organisationen der Zivilgesellschaft.

Das Mandat des neuen Parlaments ist schwach, denn die Wahlbeteiligung sank um weitere fünf Punkte auf nur noch knapp 47 Prozent. Dass die Regierung Internet und Mobilfunk am Morgen des Wahltags abschalten ließ, erschwerte es den Menschen, zur Wahlkabine zu kommen, denn nicht wenige nutzen digital betriebene Services wie Uber.

Zur niedrigen Wahlbeteiligung trug sicherlich auch die fragile Sicherheitslage bei. Bereits im Vorfeld hatten Terroran-

schläge in den Provinzen Belutschistan und Khyber Pakhtunkhwa Todesopfer gefordert. Für manche der Angriffe zeichnete die Terrormiliz ISIS verantwortlich, die die demokratische Entwicklung Pakistans gezielt sabotiert. Die Gewalt setzte sich während der Wahlen fort. Ein einflussreicher Politiker der Partei National Democratic Movement (NDM) wurde schwer verletzt.

Innere Sicherheit ist nur eines der Themen, um die sich die neue Koalition dringend kümmern muss. Sie muss zudem die Inflation in den Griff bekommen und die Wirtschaft stabilisieren. Außerdem gilt es, das Land besser auf die starken Regenfälle der kommenden Monsunzeit vorzubereiten, vor allem im Hinblick auf Katastrophenschutz und Stromausfälle. Pakistan sieht sich vermehrt unberechenbaren Klimafolgen ausgesetzt. Die Luftverschmutzung ist besonders in den Großstädten ein großes Problem. Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur sind schwach.

Die PML-N versprach in ihrem Wahlprogramm neben Wirtschaftsreformen und besserer Stromversorgung auch die Förderung diverser Sektoren wie IT, Landwirtschaft, Tourismus und Elektrofahrzeuge. Die PPP setzte Schwerpunkte bei Bildungspolitik und erneuerbaren Energien. Es ist allerdings zweifelhaft, ob die neue Regierung die Erwartungen wird erfüllen können. Beim Anteil von Frauen in Toppositionen gelang ihr das schon mal nicht. Nur eine einzige Ministerin schaffte es in das 21-köpfige Kabinett. Auch in den Kabinetten der Provinzen ist Geschlechterparität nicht gegeben.

Pakistans Bevölkerung ist durch die anhaltend schlechte wirtschaftliche Lage und zahlreiche Naturkatastrophen schwer gebeutelt. Vor dem Hintergrund neuer, verheerender Überflutungen in Belutschistan haben viele die politische Rhetorik auf den Nachrichtenkanälen satt. Die Regierung muss die Probleme anpacken. Sonst scheitert sie an ihrer Hauptaufgabe: vielen enttäuschten Bürger*innen neues Vertrauen in demokratische Institutionen zu geben.



MARVA KHAN
ist Assistenzprofessorin für
Recht an der LUMS (Lahore
University of Management
Sciences) und Mitbegründerin

des Pakistani Feminist Judgments Project.
marva.khan@lums.edu.pk

KLIMAKRISE

Drohender Dominoeffekt

Sambias Regierung hat wegen der derzeitigen Dürre den nationalen Katastrophenfall ausgerufen. Sie ist die Folge extremer Witterungsbedingungen und hat weitreichende Auswirkungen, zum Beispiel auf die Energieversorgung und die Landwirtschaft.

Von Charles Chinanda und Hamlet Mukuwe

Weil Strom für die Erreichung wichtiger wirtschaftlicher Ziele nötig ist, ist nachhaltige Stromversorgung der Schlüssel zur Entwicklung. Sambias Regierung hat Fortschritte bei der Bemühung gemacht, alle Haushalte an das Netz anzuschließen, aber es bleibt noch viel zu tun. Im Landesdurchschnitt sind es nur 31 Prozent. In den städtischen Gebieten beträgt die Anschlussrate 67 Prozent, im ländlichen Raum jedoch nur vier Prozent. Nach Angaben der staatlichen Zambia Development Agency (ZDA) wächst die Stromnachfrage jährlich um drei Prozent.

Ende Juni letzten Jahres belief sich die Stromerzeugungskapazität Sambias auf etwas mehr als 3800 MW. Das waren dank

neu installierter Generatoren knapp 15 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Wasserkraft ist in Sambia von entscheidender Bedeutung und macht etwa 83 Prozent der Erzeugungskapazität aus. Dürre reduziert sie jedoch wieder. Derzeit muss der Strom deshalb täglich für alle Abnehmer acht Stunden lang ausgeschaltet werden. Der sambischen Elektrizitätsgesellschaft werden voraussichtlich Einnahmen in Höhe von umgerechnet 35 Millionen Dollar entgehen.

Ausfallende Stromversorgung kann einen Dominoeffekt in der Wirtschaft auslösen. Betriebsabläufe werden erheblich gestört, weil die Produktionen unterbrochen werden. Höhere Kosten beeinträchtigen die Rentabilität, wenn Unternehmen beispielsweise Treibstoff für Kleingeneratoren kaufen, um den Betrieb am Laufen zu halten.

Darüber hinaus steigen die Lebenshaltungskosten im ganzen Land. Schließlich schadet die Dürre der Landwirtschaft. Nahrungsmittel werden teurer, wenn weniger produziert werden. Das ist besonders besorgniserregend beim Grundnahrungs-

mittel Mais. Steigende Preise belasten Familien mit niedrigen Einkommen besonders. Ihre Ernährungssicherheit ist gefährdet, so dass sich die Armut verschärft.

Derweil bleibt die Schuldensituation Sambias trotz der von der Regierung durchgeführten Reformen schwierig. Der Kompromiss mit den Kreditgebern schiebt wichtige Zahlungen auf und hat die Zinsen gesenkt. Dadurch ist der unmittelbar fällige Schuldendienst um etwa 40 Prozent gesunken. Das schafft finanzpolitischen Spielraum – aber er bleibt angesichts der schweren Umweltkrise, unter der das Land leidet, immer noch zu klein. Ob die makroökonomischen Ziele erreicht werden können, ist ungewiss.

Investitionen in erneuerbare Energien müssen Vorrang bekommen, um das Energieportfolio zu diversifizieren und die Abhängigkeit von großen Wasserkraftanlagen zu verringern. Ebenso dringend sind die Stärkung der Klimaresilienz und die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft.

Im letzten Jahrzehnt haben der Klimawandel und seine Auswirkungen weltweit an Aufmerksamkeit gewonnen. Das Umweltproblem beeinträchtigt die Wirtschaft und bedroht die globale Stabilität. Staaten müssen ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Sambia stellt sich den Herausforderungen. Das zeigt sich beispielsweise in der Einhaltung der Pflichten des Pariser Klimaabkommens von 2015 mit Verabschiedung nationaler Beiträge (Nationally Determined Contributions – NDCs) und der Umsetzung eines nationalen Anpassungsplans (National Adaptation Plan – NAP). Finanzengpässe bremsen aber die Klimapolitik Sambias.

Sambia hat die Klimakrise nicht verursacht. Unser Land verdient Unterstützung bei der Bewältigung der Folgen.



CHARLES CHINANDA
hat kürzlich seinen Abschluss an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Copperbelt University in

Kitwe gemacht.
charliechinanda@gmail.com



HAMLET MUKUWE
ist Elektroingenieur und Analytiker.

hamletmukuwe98@gmail.com



Einzelhändler in Lusaka: Auch kleine Unternehmen brauchen Strom.



Gesundheit und Bildung sind wichtig:
Erste-Hilfe-Kurs für Jugendliche in
Kenia.

SCHWERPUNKT

Entwicklung weiterdenken

Das globale Gemeinwohl fördern

Von Praveen Jha (S. 18)

**Deutsche Entwicklungspolitik kommt
allen zugute**

Von Svenja Schulze (S. 20)

Afrikas Zivilgesellschaft stärken

Von Baba G. Jallow (S. 22)

Dringende Aufgaben sind weiterhin offen

Von André de Mello e Souza (S. 24)

Mehr Kooperation statt mehr Konkurrenz

Von Anna-Katharina Hornidge (S. 26)

„Wir müssen lernen, besser zuzuhören“

Interview mit Pirmin Spiegel (S. 28)

Es ist zentral, in Menschen zu investieren

Von Sundus Saleemi (S. 30)

Klimaschutz in Krisenregionen

Von Corina Pfitzner (S. 32)

**Kluft zwischen armen und reichen
Ländern wächst**

Von Anna Sophie Schmitz (S. 33)

MULTILATERALE POLITIK

Den Planeten nicht verspielen

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) sind sinnvoll. Um sie zu erreichen, braucht die internationale Staatengemeinschaft ein kohärentes politisches Rahmenwerk. Es muss erläutern, wie menschliche Entwicklung ohne Umweltzerstörung zu erreichen ist. Auch muss es die Finanzierung entsprechender Staatstätigkeit klären.

Von Praveen Jha

Als nach dem Zweiten Weltkrieg die internationale Entwicklungspolitik begann, ging es vor allem um Wirtschaftswachstum pro Kopf. Die Leitidee war, ganze Gesellschaften würden prosperieren, wenn sie denn mit genügend Eigenmitteln oder Entwicklungshilfe die Wirtschaftsleistung steigerten.

Bald wurde dann klar, dass Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung sehr wichtig sind. In frisch unabhängig gewordenen Staaten fehlte es Massen an grundlegenden Dingen, woran Wachstum wenig änderte. Mangel herrschte unter anderem an Nahrungsmitteln, sicherem Trinkwasser, Grundbildung und elementarer Gesundheitsversorgung. Entsprechend entwickelte die Entwicklungspolitik den Grundbedürfnisansatz.

Dieses Paradigma entwickelte sich über die Jahrzehnte weiter. 1999 veröffentlichte der Ökonom und Nobelpreisträger Amartya Sen das Buch „Development as Freedom“. Ihm zufolge soll Entwicklung alle Menschen befähigen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Für Sen ist soziale Gerechtigkeit zentral, denn selbst wohlha-

bende Gesellschaften schließen arme Menschen von wichtigen Chancen in Bezug auf Bildung, Erwerbstätigkeit und Gesundheit aus. Der technische Fortschritt schafft zwar enorme individuelle Möglichkeiten, aber Angehörige marginalisierter Gruppen können der Armut oft nicht entfliehen.

Sen hat die Entwicklungstheorie stark beeinflusst. Frühere Arbeiten von ihm waren die Grundlage des Index für menschliche Entwicklung (HDI – Human Development Index), den das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP – UN Development Programme) seit 1990 jährlich veröffentlicht. Methodik und Datengrundlage wurden kontinuierlich erweitert. Relevant sind nicht nur das Bruttoinlandsprodukt, sondern auch Bildungs- und Gesundheitsstatistiken. Der HDI ist das am besten ausgearbeitete Maß für Entwicklung, das es gibt.

Im Jahr 2000 einigten sich die UN auf die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs), die ebenfalls von Sen und gleichgesinnten Fachleuten wie Mahbub ul Haq inspiriert waren. Zentral waren abermals Gesundheit und Bildung.

ANHALTENDER WACHSTUMSGLAUBE

Leider hat die internationale Gemeinschaft den Wachstumsfundamentalismus trotzdem nie abgelegt. Konventionelle Volkswirtschaftslehre, Kapitalmärkte und Wirtschaftspresse betonen weiterhin die Bedeutung von Wachstum und behandeln Verteilungsgerechtigkeit allenfalls als Nebensache. Wer danach fragt, wird schnell des gefährlichen Wunschenkens beschuldigt, das, sollte es umgesetzt werden, nur dem Gemeinwohl schaden würde.

Das liegt mit daran, dass, wer privates Kapital anlegt, generell die höchsten Erträge dort erwartet, wo eine Volkswirtschaft schnell expandiert. Regierungen weltweit wollen dieses Kapital anlocken. Dafür gelten niedrige Steuern und niedrige Staatsausgaben als wichtig.

Empirisch ist dieses marktradikale Weltbild falsch. Die höchsten Wachstumsraten verzeichneten Nordamerika und Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, als Steuerquoten hoch waren und Regierungen großzügig in harte und weiche Infrastruktur investierten (einschließlich Bildungs- und Gesundheitswesen). Soziale Sicherungssysteme wurden ausgebaut und Ungleichheit verringert.



Gute Zeiten für Oligarchen: Facebook-Gründer Mark Zuckerberg Anfang März bei der Verlobungsfeier von Anant Ambani (rechts), dem Sohn des indischen Multimilliardärs Mukesh Ambani.

Dennoch hat die Marktorthodoxie die Politik der vergangenen Jahrzehnte weltweit geprägt. Der Einfluss multinationaler Konzerne ist gewachsen, und die Superreichen reklamieren einen immer größeren Anteil der Wirtschaftsleistung für sich. Weil nur die Möglichkeiten einer kleinen Minderheit wachsen – und zwar auf Kosten aller anderen –, ist das mit Sens Vorstellung von menschlicher Entwicklung nicht vereinbar.

Während in der Coronapandemie viele Menschen in Armut abstürzten, stieg die Zahl der Dollar-Milliardäre allein in Indien um beinahe zwei Drittel auf 166. HDI-Werte verschlechterten sich in vielen Ländern.

Derweil eskaliert die Klimakrise rasant. Sie belastet Oligarchen kaum, sehr wohl aber Massen armer Menschen weltweit. Es dürfte auch noch schlimmer kommen. Wir laufen Gefahr, den Planeten zu verlieren, und dürfen das nicht zulassen.

Multilaterale Institutionen erkennen die Umweltrisiken. Wir haben UN-Konventionen zu Klimawandel, Biovielfalt und

Wüstenbildung. Internationale Verhandlungen laufen auch über andere Ökothemen. Die UN haben nach den MDGs zudem die SDGs als Nachfolgeagenda beschlossen. Sie verknüpft Umweltschutz mit menschlicher Entwicklung.

Die Absichten sind gut. Leider folgt auf kluge Rhetorik allerdings regelmäßig nur halbherzige Politik. Im Zweifel geben Regierungen Wirtschaftsinteressen Vorrang, folglich wird weltweit zu wenig in soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz investiert. Dieser Trend führt ins Verderben. Nationaler Erfolg ist nicht auf Kosten des globalen Gemeinwohls möglich.

Die stimmig konzipierten SDGs sind nur erreichbar, wenn die internationale Gemeinschaft ein entsprechendes Rahmenprogramm beschließt. Es muss

- erläutern, wie Regierungen bessere Entwicklungsergebnisse bekommen sollen, ohne die Umwelt zu zerstören, und
- die Finanzierung entsprechender Politik sicherstellen.

Selbstverständlich müssen Nationalstaaten Verantwortung übernehmen. Was souveräne Regierungen leisten können, ist aber begrenzt, denn globale Probleme überfordern ihre Kapazitäten. Zugleich beschränkt die Marktorthodoxie die Finanzkraft öffentlicher Haushalte oft stark. Besonders Länder mit niedrigen Einkommen haben nur geringen Handlungsspielraum.

Die Menschheit braucht mehr und bessere Zusammenarbeit. Leider ist das unwahrscheinlich, denn Kooperation erfordert Konsens oder wenigstens Kompromiss. Wachsende Polarisierung – vor allem zwischen den Supermächten China und USA – erschwert beides. Leider verhalten sich weder die beiden Supermächte noch ihre Verbündeten vorbildlich (siehe Kasten).



PRAVEEN JHA
ist VWL-Professor an der
Jawaharlal Nehru University in
Delhi.
praveenjha2005@gmail.com

Mangel an globaler Führung

Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika sind die Doppelpalm des Westens leid. Angeblich haben wir eine regelbasierte Weltordnung, aber wenn US-Präsident George W. Bush den Irak angreifen will, gründet er eine Allianz der Willigen und übergeht den UN-Sicherheitsrat. Laut internationalen Regeln hat dieser aber das Monopol, über Militäreinsätze zu entscheiden.

Wir hören immer wieder, dass wir gute Regierungsführung brauchen. Aber wenn die schlecht deregulierte Finanzwirtschaft in den USA mit unsoliden Immobilienspekulationen eine Weltwirtschaftskrise auslöst, wird kaum ein Manager zur Rechenschaft gezogen. Ähnlich läuft es, wenn deutsche Autobauer Emissionswerte manipulieren.

Weil viele Versprechen nicht erfüllt wurden, ist Vertrauen geschwunden. Der Club der Länder mit hohen Einkommen, die OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development), versprach schon in den 1970er Jahren, jährlich 0,7 Prozent seiner Wirtschaftsleistung in Entwicklungspolitik zu investieren. Seither haben die Mitglieder zusammen nie auch nur die Hälfte davon aufgewandt.

Wenn multilaterale Verhandlungen über Handel nicht so laufen, wie sich Washington oder Brüssel das vorstellen, ändern westliche Regierungen ihre Strategie und setzen auf bilaterale Verträge, was ihre Position stärker macht. Dass die Klimakrise so schnell eskaliert, liegt mit daran, dass reiche Länder hohe Emissionen zwar intensiv bedauern, aber nicht

konsequent reduzieren. Die Liste der Enttäuschungen ließe sich fortsetzen.

Vor diesem Hintergrund wirken China und das lockere BRICS-Bündnis (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) attraktiv. Wichtig ist obendrein, dass China zum wichtigen Entwicklungsfinanzierer herangewachsen ist.

Tatsächlich sind viele von Peking unterstützte Vorhaben sinnvoll, auch wenn sie oft mehr dem Rohstoffexport dienen, den China braucht, als der Förderung menschlicher Entwicklung (siehe Haupttext). Andere Vorhaben stärken dagegen vor allem das Prestige nationaler Spitzenpolitiker. Das größte Problem ist sicherlich, dass die Schuldenlast viele Länder nun überfordert und die Volksrepublik in Umstrukturierungsverhandlungen besonders hartleibig agiert.

Abgesehen von der Konfrontation mit dem Westen

haben die BRICS keine starke Agenda, wie ich auf dieser Plattform bereits ausführte. Was die neuen Mitglieder, deren Aufnahme 2023 beschlossen wurde, daran ändern sollen, ist schwer zu erkennen. Dazu gehören Saudi-Arabien und Iran, zwei verfeindete Länder. Äthiopien und Ägypten, die Neuzugänge aus Afrika, streiten seit langem über Nilwasser. Argentinien sollte beitreten, aber der neue Präsident verabschiedete sich sofort von der Idee. Die BRICS wollen für den globalen Süden sprechen, nehmen dann aber Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate auf, zwei Petrostaaten mit hohen Einkommen.

Die Menschheit steht vor riesigen Aufgaben. Wir brauchen bessere Zusammenarbeit – und dafür müssen sowohl die etablierten Wirtschaftsmächte als auch die großen Schwellenländer Verantwortung übernehmen. PJ



Entwicklungsministerin Svenja Schulze beim Besuch eines Internats in Burkina Faso im März.

DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Das Leben aller verbessern

Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erklärt, weshalb Entwicklungspolitik in der heutigen multipolaren Welt als grundlegender Bestandteil internationaler Realpolitik zu begreifen ist. Sie dient nicht nur den Partnerländern, sondern auch den Menschen in Deutschland.

Von Svenja Schulze

Das globale Miteinander unserer Welt war lange schief. Jahrhundertlang gab es ein gut sichtbares Machtgefälle, das die Welt scheinbar zweigeteilt hat. In Reich und Arm, in Mächtige und Machtlose, in Bestimmer und Bestimmte, in „den Westen“ und „den Rest“.

Und es gehört zum Zynismus der Geschichte, dass das Entwicklungsmodell des einen Teils der Welt auf der Ausbeutung des anderen beruht. Mit Folgen, die auch heute noch überall auf der Welt zu spüren sind und die Leben der Menschen direkt beeinflussen.

Der eigentliche Grund für diese Zweiteilung ist fest verbunden mit der europäischen Kolonialgeschichte. Und mit den daraus resultierenden wirtschaftlichen und

politischen Strukturen, die sich über Jahrhunderte verfestigt und gehalten haben. Diese Machtstrukturen haben zu einer einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit und einer Dominanz des westlichen Narrativs geführt. Der Westen als Erzähler der Weltgeschichte.

Die Einteilung der Welt in Entwicklungsländer und Industrieländer folgte der alten europäischen Modernisierungstheorie. Sie unterschied zwischen „traditionellen“ und „modernen“ Gesellschaften, wobei nur die zweiten als erstrebenswert dargestellt wurden. Diese Einteilung war eurozentristisch: Sie beruht auf der Einstellung, dass Europa oder „der Westen“ das Ideal darstellten und deshalb als Maßstab für Fortschritt gelten sollten.

KOLONIALISMUS BEGRÜNDET WESTLICHEN WOHLSTAND

Klar ist aber: Der Kolonialismus war kein Nebenprodukt der Geschichte, sondern er ist die Grundlage des europäischen Reichtums, das Fundament des westlichen Wohlstands. Und auch heute zahlen die Menschen im Globalen Süden als Erste den Preis für ein Wirtschaftsmodell, das die Grenzen

unseres Planeten schon vielfach überschritten hat. Die Welt, wie wir sie kennen, funktionierte lange auf Basis dieses Machtgefälles.

Und dieses Machtgefälle sorgte dafür, dass in den Ländern, in denen die wertvollsten Rohstoffe im Boden liegen, die schlechtesten Arbeitsbedingungen vorherrschen. Es sind kolonialgeschichtlich verfestigte Strukturen, die dazu geführt haben, dass die Wertschöpfung entlang der Achse „Globaler Süden – Globaler Norden“ steigt. Warum ist das so, und wie lässt sich das ändern? Was können und wollen wir in Deutschland und Europa dafür tun? Das sind Fragen, die wir uns insbesondere in der Entwicklungspolitik, aber auch als westliche Gesellschaft insgesamt stellen. Es gehört zu unserer Verantwortung als Teil des Globalen Nordens, uns dieser Unvereinbarkeit bewusst zu sein und dazu beizutragen, sie zu überwinden.

Apropos Globaler Norden und Globaler Süden: Seit einigen Jahren diskutieren wir in der Entwicklungszusammenarbeit diese Begriffe. Dort werden Fragen diskutiert wie: Was ist ein Entwicklungsland eigentlich? Was ist der Globale Norden, wer gehört wozu? Und gibt es diese klaren Unterscheidungen überhaupt?

Denn die Unterschiede zwischen den Ländern innerhalb des Globalen Südens sind häufig eklatant. So sind sich beispielsweise Brasilien und Deutschland in vielen Dingen ähnlicher als etwa Brasilien und Laos, obwohl beide zum Globalen Süden zählen. Einige Länder instrumentalisieren den Begriff „Globaler Süden“ oder „Entwicklungsland“ sogar aktiv und spielen damit, um sich je nach Anlass dazuzuzählen oder nicht, wie beispielsweise China.

Klar ist, dass das Verb „entwickeln“ beinhaltet, dass Länder sich verändern sollen und dass es dafür eine vorgegebene Richtung gibt. Und dies suggeriert eine Hierarchie zwischen „entwickelten“ und „noch nicht so weit entwickelten“ Ländern. Zwischen dem, wie es ist, und dem, wie es sein soll. Immer mit dem westlichen Silberstreif am Horizont.

Ohne Zweifel gibt es eine Häufung von Problemen in einigen Regionen dieser Welt. Jedoch wird oft außer Acht gelassen, dass diese Probleme ihren strukturellen Ursprung in der Weltgeschichte haben. Dass sie nicht per se in diesen Regionen vorherrschen, dass es nicht von vornherein entwickelte und weniger entwickelte Länder gab.

Dass diese beiden Pole nur im Zusammenspiel und miteinander existieren können. Und dass der Westen dabei eine wesentliche Rolle spielt. Zum einen natürlich durch die Kolonialgeschichte. Aber auch durch die kolonialen Kontinuitäten, die das globale Miteinander weiterhin durchziehen.

Beides stellt uns vor Herausforderungen und in Frage, ob es diesen Sammelbegriff für die vielen unterschiedlichen Länder überhaupt braucht. Oder ob er nicht zu einer neuen Zweiteilung der Welt führt. Eine Teilung in „wir“ und „die“.

MULTIPOLARE WELTORDNUNG

Denn diese Zweiteilung, diese klare Hierarchie gibt es nicht mehr. Wir leben schon lange in einer multipolaren Welt. In der es vielfältige Machtzentren gibt, die miteinander agieren. Mit unterschiedlichen politischen Ausrichtungen, mit unterschiedlichen Interessen, Zielen und Werten.

Viele der ehemaligen „Entwicklungsländer“ haben den Fuß schon lange selbstbewusst in die Tür gestellt, wirtschaftlich und geopolitisch. Viele Länder des Globalen Südens fordern gleiche Möglichkeiten und Rechte ein und nutzen Alternativen. Dabei eint sie oft wenig mehr als die Tatsache, dass sie sich nicht zum Westen zählen.

Mit all diesen Veränderungen verändert sich auch Entwicklungspolitik. Das alte „wir helfen denen“ gilt schon lange nicht mehr. Und auch das „unterstützende Politik auf Augenhöhe“ ist nicht mehr zeitgemäß. Entwicklungspolitik ist immer mehr echter Interessensausgleich. Sie ist grundlegender Bestandteil internationaler

Realpolitik. Sie ist Teil globaler Wirtschafts- und Sicherheitspolitik. Sie legt die Grundlage für partnerschaftliche Zusammenarbeit, auch über die klassischen Partner*innen hinaus.

Die alten Freundschaftslinien zwischen Europa und den USA, zwischen Deutschland und Frankreich oder der EU und der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA (North American Free Trade Association) existieren natürlich weiterhin. Es gibt jedoch viele weitere Verbindungen, die manchmal anlassgebunden, manchmal langfristig sind. Und die wir im Globalen Norden oft erst jetzt wahrnehmen. Oder noch schlimmer: ernst nehmen. Süd-Süd-Kooperationen zwischen Südafrika und Vietnam oder zwischen Brasilien und Indien zum Beispiel. Regionale Zusammenschlüsse und Interessengruppen wie SADC (Southern African Development Community) oder BRICS+ (Zusammenschluss aus neun Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, Ägypten, Äthiopien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate) oder die V20 (The Vulnerable 20, 2009 gegründet, umfasst heute 58 Länder), die ein immer stärker werdendes Gegengewicht zu den westlichen multilateralen Zusammenschlüssen bilden. Verbindungen, die nicht einseitig, sondern im Interesse aller Akteur*innen sind.

Unser Bundeskanzler betont es immer wieder, und auch ich bin überzeugt: Wir in Deutschland brauchen strategische Partnerschaften, genauso wie alle anderen Akteur*innen auch. Weil wir zum Beispiel angewiesen sind auf das Lithium aus Mali und Nigeria, damit wir hier in Deutschland

Solarzellen herstellen können und unsere Energiewende hinkriegen. Weil wir angewiesen sind auf stabile Lieferketten in Süd-asien, damit wir hier zuverlässig Antibiotika in unseren Apotheken kaufen können. Weil wir angewiesen sind darauf, dass rund um Konfliktregionen stabile Länder liegen. Denn diese Länder verhindern, dass sich die Konflikte weiter ausbreiten. Und sie können die Menschen auf der Flucht aufnehmen und integrieren – wie das an Syrien grenzende Jordanien, wie das an Mali grenzende Mauretanien.

IN ENTWICKLUNGSPOLITIK INVESTIEREN

Deutschland hat ein Interesse daran, auch in diesem neuen Gefüge relevant zu bleiben und mitzugestalten. Eine starke, progressive EU ist auf der Weltbühne gerade auch in Hinblick auf die ungewisse politische Zukunft der USA wichtig. Es muss selbstverständlich sein, dass Deutschland und auch die EU in großem Stil in Entwicklungspolitik investieren. Dass daran nicht gespart werden darf. Sich ins Schneckenhaus zurückziehen macht keinen Sinn. Es ist sogar kontraproduktiv. Vor allem für die Menschen in Deutschland.

Denn die deutsche Entwicklungspolitik verbessert zum einen das Leben der Menschen in unseren Partnerländern, in Peru, in Mauretanien und in Bangladesch zum Beispiel. Sie nützt aber ebenso den Menschen in Deutschland. Und trägt dabei in großem Maße zu ihrer Sicherheit und ihrem Wohlstand bei.

Einige der größten Herausforderungen für die Menschen in Deutschland waren in den vergangenen Jahren die Corona-Pandemie, die Überschwemmungen im Ahrtal und in Niedersachsen, die teuren Preise für Strom und Gas, die fehlenden Antibiotika und Diabetesmedikamente in den Apotheken, die verdorrten Landstriche in Brandenburg, die fehlenden Fachkräfte in vielen mittelständischen Unternehmen.

Eine partnerschaftliche Entwicklungspolitik trägt zur Lösung dieser Probleme bei, indem sie bei den Ursachen ansetzt. Und damit geht es allen Menschen besser.



SVENJA SCHULZE
ist die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
www.bmz.de



Die Klimakrise ist global: Hochwasser in Hessen im Januar.

GLOBALE ENTWICKLUNG

Die Bevölkerung ermächtigen

In den meisten sogenannten Entwicklungsländern herrscht große Ungleichheit. Ein Großteil der Menschen bleibt zurück. Das liegt auch am Mangel öffentlicher Rechenschaftspflicht: Während afrikanische Politikverantwortliche gut darin sind, Wünsche von Geldgebern vorwegzunehmen, berücksichtigen sie die wahren Bedürfnisse ihres Landes oft erst im Nachhinein. Zu viele Projekte werden daher so geplant, dass sie den Modalitäten der Geberinstitutionen entsprechen, aber nicht den tatsächlichen Bedürfnissen der afrikanischen Bevölkerungen.

Von Baba G. Jallow

In vielen Ländern Afrikas haben sich die Lebensbedingungen seit dem Abzug der Kolonialmächte kaum verbessert oder sogar verschlechtert. Selbst dort, wo das Wirtschaftswachstum und andere formale Maßstäbe gut aussehen, können die meisten Menschen ihren Alltag kaum bewältigen.

Und das, obwohl die Regierungen regelmäßig neue Entwicklungspläne mit allerhand Zielen vorlegen. Sie konzentrieren sich dabei meist auf Aspekte der menschlichen Entwicklung wie Ernährungssicherheit, Gesundheit und Bildung, die in der UN-Agenda der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) eine wichtige Rolle spielten (siehe Kasten).

Erklärtes Ziel der Entwicklungspläne afrikanischer Regierungen ist immer die Verbesserung des Lebensstandards. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass dies tatsächlich die Absicht der Verantwortlichen widerspiegelt. Zu behaupten, dass Regierungen aus finanzieller Not heraus solche Pläne nutzen, um Entwicklungsgelder abzugreifen, ist nicht weit hergeholt. Sie wissen, was Geldgeber in Anträgen lesen wollen – getreu dem Sprichwort: „In der Not schmeckt jedes Brot“. Spielen die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung darin überhaupt eine Rolle, dann meist nur am Rande.

Viele Projekte entsprechen tatsächlich nicht dem eigentlichen Bedarf. Wird beispielsweise ein chinesischer Kredit für den Bau eines millionenschweren Konfe-

renzzentrums verwendet, trägt dies kaum zu besseren Lebensbedingungen der Menschen vor Ort bei. Unabhängig davon, welche bilaterale oder multilaterale Institution einen Kredit vergibt, werden Entwicklungsgelder oft nicht sinnvoll eingesetzt. Der Bau teurer, hochmoderner Krankenhäuser ist ineffektiv, wenn von vornherein klar ist, dass es kaum qualifiziertes medizinisches Personal geben wird, Medikamente knapp bleiben und die Wasser- und Stromversorgung unzuverlässig ist.

Den meisten afrikanischen Politikverantwortlichen geht es in erster Linie darum, Geld zu bekommen. Sie tun alles, um Zugang zu Krediten und Zuschüssen zu erhalten. Die erfolgreiche Umsetzung eines Projekts bleibt zweitrangig. Die Politiker*innen wissen: Ist die Finanzierung erst einmal gesichert, können sie Milliarden verschleudern – und einen Teil des Geldes in ihre eigenen Taschen stecken. Gleichzeitig erhöhen riesige Projekte systematisch die Schuldenlast, die afrikanische Staaten zu tragen haben.

Umso ernüchternder ist es, dass es für afrikanische Bevölkerungen kaum Wege gibt, ihre Politiker*innen zur Rechenschaft zu ziehen. Der Großteil hat nicht einmal ein grundlegendes Verständnis dafür, wie das internationale Wirtschaftssystem funktioniert. Kaum jemand weiß, zu welchen Bedingungen Kredite und Zuschüsse gewährt werden oder dass ihr Land die Schulden letztlich zurückzahlen muss.

Angesichts dieser Unwissenheit funktionieren demokratische Regierungsinstitutionen in Afrika nicht richtig. Bildung ist elementar, um Korruption und Misswirtschaft öffentlicher Gelder einzudämmen. Schulen, Medien und zivilgesellschaftliche Kampagnen können dazu beitragen, wirtschaftliche und politische Bildung zu verbessern.

Jedes afrikanische Land braucht eine starke Zivilgesellschaft, die Behörden zur Verantwortung ziehen kann. Dies stärker zu unterstützen, wäre auch im Sinne der Geldgeber. Gegenwärtig konzentrieren sich die Empfängerregierungen eher darauf, ihre Taschen zu füllen.

Geberinstitutionen sollten sich von maßgeschneiderten, politikzentrierten Entwicklungsrichtlinien verabschieden, die in ihren Hauptstädten entworfen und von geopolitischen Interessen und Profit getrieben



Gambische Schülerinnen 2020: Verbessert sich die politische Bildung nicht erheblich, werden sich afrikanische Regierungen nach wie vor ihrer Rechenschaftspflicht weitgehend entziehen können.

werden. Vielmehr muss der Schwerpunkt auf den unmittelbaren Bedürfnissen der Bevölkerung armer Regionen liegen.

Reinen Altruismus können wir von Geberländern und multilateralen Organisationen kaum erwarten. Doch eine strengere Überwachung und Evaluierung wäre auch in ihrem Sinne.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde viel über die Beteiligung der Zielgruppen an Entwicklungsmaßnahmen gesprochen. Dabei wurde auch die Eigenverantwortung

der Entwicklungsländer hervorgehoben. Dennoch sind Projekte immer noch weitgehend davon geprägt, was ausländische Expert*innen in Geberinstitutionen für angemessen halten.

Natürlich gibt es auch in Afrika wohlmeinende Verantwortliche. Doch innerhalb des Systems können sie kaum etwas bewirken; allzu oft repräsentiert die formale Demokratie nicht das Volk. Die große Herausforderung besteht darin, zweckmäßige und nachhaltige Entwicklungspläne zu entwer-

fen. Ein Verständnis für die Vorgänge vor Ort ist dabei unerlässlich.



BABA G. JALLOW
ist der erste Roger-D.-Fisher-Stipendiat für Verhandlungen und Konfliktlösung an der juristischen Fakultät der Harvard-Universität und ehemaliger Exekutivsekretär der Kommission für Wahrheit, Versöhnung und Wiedergutmachung in Gambia (TRRC).
gallehb@gmail.com

Irreführende Unterscheidung

Von den Anfängen nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) war der Leitgedanke der Entwicklungspolitik: Arme Länder sollten zu den reichen Nationen aufschließen. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) dagegen betonen auch Wandel in Ländern mit hohen Einkommen.

Die MDGs wurden im Jahr 2000 von den UN beschlossen. Sie konzentrierten sich auf Themen wie Ernährungssicherheit, Gesundheit und Bildung mit Zielvorgaben für Mütter- und Kindergesundheit oder Einschulungsquoten. Erreicht wurden sie vielerorts kaum, zogen aber die Aufmerksamkeit politisch Verantwortlicher auf sich und halfen einige Fortschritte zu machen. Vieles steht jetzt auf der SDG-Agenda.

Der Hauptpunkt der MDGs war die Einsicht, dass es nicht allein auf Wirtschaftswachstum ankommt. Vor allem in den 1990er-Jahren, als der sogenannte Washington-Konsens als Paradigma diente, waren Wirtschaftsindikatoren wie das Bruttonationaleinkommen zentral. „Unterentwickelte“ Länder würden ihm zufolge durch

weltweiten Handel mit Waren und Dienstleistungen florieren, sofern sie denn eine umsichtige makroökonomische Politik verfolgten. Allmähliches Wachstum sollte sie schrittweise an „entwickelte“ Nationen heranführen.

Die MDGs unterschieden jedoch weiterhin vermeintlich entwickelte von unterentwickelten Ländern – als gäbe es einen idealen Entwicklungsstand, durch dessen Erreichen einige Länder als Beispiel dienen.

Solange die am wenigsten entwickelten Länder von Entwicklungsgeldern der reicheren Nationen abhängig sind, müssen sie deren Standards folgen. Sie üben sich in teurer – und weitgehend erfolgloser – Nachahmung. Anstatt ihren Gesellschaften zu helfen, stürzen Regierungen sie noch tiefer in Schulden und chronische Abhängigkeit. Regieren als Betteln ist in vielen afrikanischen Ländern mittlerweile beängstigende Realität. Ohne weiteren Mittelzufluss aus dem Ausland wären viele Regierungen innerhalb weniger Monate pleite.

Die Polarität bestand lange Zeit fort, obwohl sich die Entwicklungsdebatte im Laufe

der Jahrzehnte änderte. Die internationale Entwicklungspolitik begann in den 1950er-Jahren. Damals entstand auch die Entwicklungstheorie, wie der schwedische Wirtschaftswissenschaftler Gunnar Myrdal feststellte. Er definierte in den 1970er-Jahren Entwicklung als „die Aufwärtsbewegung des gesamten sozialen Systems“, die Wirtschaft, Politik, Bildungs- und Gesundheitswesen umfasst. Er ging von einer „zirkulären Kausalität“ aus, bei der Entwicklung in einem Bereich Entwicklung in anderen beeinflusst. So betrachtet spiegeln die MDGs Myrdals Theorie wider. Die Fachwelt erwartete seinerzeit allerdings, der Fortschritt werde linear weitergehen, sobald der Entwicklungsprozess in Gang gesetzt sei.

Lineare Fortschrittsvorstellungen lassen jedoch die kontextuellen Realitäten außer Acht. Was in Europa oder Nordamerika in der Vergangenheit funktioniert hat, muss nicht auch in Afrika funktionieren. Zudem stehen wir vor globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel, neuen Krankheiten und einem labilen Weltwirtschaftssystem. All das erfordert globales Handeln und nicht nur nationale Maßnahmen. Die am wenigsten entwickelten Länder müssen einen funktionierenden Rechtsstaat aufbauen. So-



Deutscher Alltag: Windparks sind klimafreundlich, Autobahnen nicht.

lange sie dies nicht tun, können sie nicht viel zur Verbesserung von Global Governance beitragen. Gleichzeitig überwältigen wiederkehrende Krisen ärmere Länder, wenn globale Risiken nicht eingedämmt werden.

In diesem Zusammenhang markieren die SDGs eine wichtige Veränderung. Sie formulieren eine multilaterale Vision für die Armutsbeseitigung auf internationaler Ebene bis 2030 sowie für die langfristige Erhaltung der Umwelt unseres Planeten. Dafür ist Wandel in allen Ländern notwendig. Arme Länder müssen meist die MDGs noch erreichen. Es liegt an den reicheren sicherzustellen, dass der Planet nicht weiter Schaden nimmt und die internationale Gemeinschaft fähig wird, globale öffentliche Güter zu gewährleisten. BJ



Seuchenmanagement ist ein globales öffentliches Gut: Coronatest in São Paulo Anfang 2022.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Unerledigte Agenda

Zu einfache Vorstellungen von Entwicklung wurden aufgegeben, aber die internationale Gemeinschaft geht dringende globale Aufgaben immer noch nicht angemessen an. Leider wird der geopolitische Kontext immer schwieriger.

Von André de Mello e Souza

Der Begriff „Entwicklung“ ist schwer zu definieren, obwohl er in akademischen und politischen Kreisen sowie der breiten Öffentlichkeit weit verbreitet ist. Er steht für sozialen Fortschritt, kann aber kontextabhängig verschieden interpretiert werden. Die dominierenden Bedeutungen haben sich im Laufe der Zeit verändert, der Begriff hat aber unweigerlich auch normative Komponenten.

Nach der Unabhängigkeit vieler europäischer Kolonien in Afrika und Asien nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Entwicklung zum Thema der internationalen Politik. Anfänglich herrschte großer, wenn auch ethnozentrischer Optimismus. „Unterentwickelte“ Länder sollten wirtschaftlich „durchstarten“, rückständige Traditionen ablegen und umfassende Veränderungen durchlaufen. Angestoßen von Finanzhilfen

sollten sie dem Beispiel Europas und Nordamerikas (und in geringerem Maße Japans) folgen.

Im Wettbewerb mit der Sowjetunion hoffte der Westen, sein Entwicklungsmodell in die sogenannte „Dritte Welt“ zu exportieren. Die von den USA in Lateinamerika gegründete Allianz für den Fortschritt sollte verhindern, dass andere Länder dem Beispiel Kubas nach der Revolution von 1959 folgten.

Die UN erklärte die 1960er Jahre zur ersten „Entwicklungsdekade“. Geostrategische Interessen bestimmten jedoch weiter die Politik der Geberländer. Zudem erwies sich Entwicklung als schwerer erreichbar als erwartet. Hilfsbemühungen blieben hinter den Erwartungen zurück.

Folglich prangerten lateinamerikanische Dependenztheoretiker das ethnozentrische und eigennützige Konzept des Westens an. Das internationale Wirtschaftssystem sei ungerecht und benachteilige Neulinge.

Größere Volkswirtschaften Lateinamerikas produzierten dann nötige Industriegüter selbst, um Importe zu ersetzen. Außerdem setzten sie auf große Infrastrukturprojekte, von denen die Weltbank viele

finanzierte. Anfänglich hohe Wachstumsraten sprachen für ein „Durchstarten“.

Hohe Inflation und stagnierendes Wachstum („Stagflation“) prägten die 1970er Jahre, und eine Schuldenkrise folgte. Lateinamerikas Entwicklungsversprechen erfüllte sich eindeutig nicht. Trotz der Industrialisierung war die Abhängigkeit von ausländischen Finanzmitteln und multinationalen Unternehmen gewachsen. Soziale, wirtschaftliche und regionale Ungleichheiten blieben groß.

DIE TIGERSTAATEN

Die 1990er Jahre brachten nicht nur das Ende des Kalten Krieges, sondern auch die Wirtschaftswunder der sogenannten Tigerstaaten: Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong. Mit einer geschickten Kombination aus marktorientierten Reformen und gezielten staatlichen Eingriffen schlossen sie zu den Industrienationen auf. Wesentlich waren Investitionen in die Bildung und die systematische Verbesserung staatlicher Kapazitäten. Die Tigerstaaten nutzten im großen Stil westliche Hilfe. Sie erzielten dauerhaftes Wirtschaftswachstum und bauten zugleich soziale und wirtschaftliche Ungleichheit ab. Sie bewiesen, dass eine integrative, endogene und langfristige Entwicklung möglich war.

Internationale Finanzinstitutionen wie der Internationale Währungsfonds (IWF – International Monetary Fund) und die Weltbank knüpften ihre Kreditvergabe an Entwicklungsländer an strenge Konditionen. Sie entsprachen dem Washington Consensus und waren mit marktorientierten Reformen verbunden. Das war besonders in Finanzkrisen wichtig. Um die Jahrtausendwende wurde aber klar, dass die von Fonds und Bank angestrebten „Strukturanpassungen“ nicht die gewünschten Resultate brachten. Schuldenerlasse wurde unumgänglich.

Folglich wurde der Begriff „Entwicklung“ zunehmend als Prozess verstanden, der über wirtschaftliche Dimensionen hinausgeht. Die Weltbank machte Armutsbekämpfung zu ihrem Hauptziel. Inspiriert von dem indischen Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen hatte das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP – United Nations Development Programme) bereits damit begonnen, sich auf die „menschliche Entwicklung“ zu konzentrieren, bei der Bil-

derung und Gesundheit als Voraussetzungen dafür gelten, dass die Menschen das Leben führen können, das sie sich wünschen (siehe auch Praveen Jha auf S. 18). Sowohl Weltbank als auch UNDP sahen soziale Ungleichheit nun als Herausforderung.

Dennoch hielt die Skepsis gegenüber der Entwicklungszusammenarbeit an. Kritiker*innen behaupteten, die Hilfsmaßnahmen zeigten wenig oder gar keine Wirkung. William Easterly behauptete sogar, sie seien kontraproduktiv, weil sie Abhängigkeiten schafften und auf falschen Annahmen beruhten. Entwicklungspolitische Staatsausgaben blieben in Ländern mit hohen Einkommen weiterhin umstritten.

Derzeit verschiebt sich die Achse der wirtschaftlichen Entwicklung vom Nordatlantik nach Asien. China präsentiert ein Modell für fortwährendes Wachstum und Armutsbekämpfung. Es basiert auf einer aggressiven Nutzung seines Binnenmarktes, ungehinderten staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft und Nutzung internationaler Wertschöpfungsketten. Der Aufstieg asiatischer Volkswirtschaften hat den sogenannten „globalen Süden“ zu einer sehr viel heterogeneren Kategorie gemacht, wobei manche behaupten, der Begriff selbst sei nicht mehr angemessen.

CHINAS AUFSTIEG

China ist heute ein wichtiger Entwicklungsfinanzierer, nutzt aber nicht wie der Westen Konditionalitäten. Seine Kredite werden von vielen Ländern des Südens, vor allem in Afrika, gerne in Anspruch genommen. Nachdem es dem IWF und der Weltbank nicht gelang, die großen Schwellenländer wie gefordert einzubinden, schufen die BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) ihre eigenen Finanzinstitutionen, die Neue Entwicklungsbank, die in die Infrastruktur des Globalen Südens investieren soll, und das Contingent Reserve Arrangement. Auch die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank, die China mit vielen Partnerländern (einschließlich EU-Mitgliedern), initiiert hat, ist von Bedeutung.

Süd-Süd-Zusammenarbeit hat sich als Alternative zur westlichen Entwicklungshilfe etabliert und soll deren eigenützig-paternalistischen Top-down-Charakter vermeiden. Es gibt jedoch keine allgemein akzeptierte Definition der Süd-

Süd-Kooperation. Auffallend ist, dass China heute vielleicht das schwierigste Geberland ist, wenn in Schuldenkrisen Umschuldung nötig wird.

Neben der Wirtschaft stehen heute Geschlechtergerechtigkeit, Menschenrechte und Umweltschutz im Fokus. Darüber hinaus wird die Bedeutung „globaler öffentlicher Güter“ anerkannt. Dazu gehört, den Klimawandel und Krankheiten zu bekämpfen sowie Frieden und Stabilität zu sichern. Einkommensstarke Länder haben die stärksten Kapazitäten und müssen hier mehr tun.

Es liegt in der Natur der Sache, dass globale öffentliche Güter nur in internationaler Zusammenarbeit geschaffen und geschützt werden können. Die Weltgemeinschaft hat nämlich beispielsweise Interesse daran, die Primärwälder zu schützen, aber in walddreichen Ländern wie Brasilien ist die Abholzung auf kurze Sicht lukrativ. Globale Zusammenarbeit ist deshalb unverzichtbar.

Viel davon spiegeln die Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN (SDGs – Sustainable Development Goals) wider. Sie umfassen globale öffentliche Güter, bekräftigen aber auch die Notwendigkeit besserer Bildung, Gesundheitsversorgung und Infrastruktur. Die SDGs sind jedoch nicht verbindlich.

Die Erkenntnis wächst, dass die SDGs bei den derzeitigen Trends nicht erreicht werden. Regierungen streiten darüber, wer die finanzielle Last der SDG-Agenda übernehmen soll. Einige westliche Expert*innen wünschen sich größere Beiträge vom Privatsektor und von Philanthropen. Das wirft aber zwei Fragen auf:

- Wie können profitorientierte Unternehmen ertragsfreie öffentliche Güter bereitstellen?

- Und warum sollten superreiche Philanthropen wissen, was das Gemeinwohl wirklich erfordert?

Derweil werden auch neue Maßstäbe für die Messung und Bewertung der Entwicklungszusammenarbeit vorgeschlagen. Einer davon nennt sich Global Public Investment (GPI). Er würde die Nord-Süd-Kluft überbrücken und einen permanenten Fonds für Entwicklung schaffen. Länder würden gemäß ihrer Kapazitäten beitragen und Geld entsprechend ihres Bedarfs erhalten.

Die Kriege in der Ukraine, im Gaza-Streifen und anderswo sind bedrohlich. Die Polarisierung zwischen dem US-geführten Westen auf der einen und Russland und China auf der anderen Seite nimmt zu. Höhere Militärausgaben bedeuten weniger Mittel für nachhaltige Entwicklung. Die Entwicklungsgelder werden wahrscheinlich wieder, wie im Kalten Krieg, den geostrategischen Interessen der Großmächte dienen.

Stattdessen bräuchten wir globale Zusammenarbeit und entschlossenes Handeln, um alle SDGs zu erreichen. Frieden ist übrigens ein wichtiges globales öffentliches Gut – und SDG16 benennt ihn auch.



ANDRÉ DE MELLO E SOUZA
ist Wirtschaftswissenschaftler
beim staatlichen Instituto de
Pesquisa Econômica Aplicada
(IPEA) in Brasília.

andre.demelloesouza@alumni.stanford.edu
X/Twitter: @A_MelloeSouza



**Globale gegen
lokale Interessen:
Waldbrand in der
Nähe von Porto
Velho.**

GLOBALE ENTWICKLUNG

Nachhaltige Zukünfte

Sollte die Staatengemeinschaft in konkurrierende Gruppen zerbrechen, wird die Menschheit das Rennen gegen Erderwärmung, soziale Polarisierung und Verlust von Biovielfalt verlieren. Ob konstruktive Kooperation in einer multipolaren Welt möglich bleibt, hängt von heutiger Politik ab.

Von Anna-Katharina Hornidge

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wurde 1961 gegründet. Damals hatten viele Partnerländer gerade ihre Unabhängigkeit errungen oder kämpften noch darum. Die damalige bipolare Weltordnung ist Geschichte. Die heutige Welt ist komplexer und dynamischer. Neben den etablierten Mächten USA, Russland und EU prägen nun auch führende Volkswirtschaften wie China und Indien sowie Regionalmächte wie Südafrika, Brasilien und Indonesien ökonomische und politische Wechselwirkungen.

Es gibt eine Vielfalt von Möglichkeiten, wie die Zukunft in wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer und kultureller Sicht aussehen kann. Es geht um das Wechselspiel und das Amalgam vieler verschiedener nachhaltiger Zukünfte, die jeweils von örtlichen Kontexten abhängen, aber zugleich im Einklang mit den Grundlagen des menschlichen Lebens sowie planetarer Grenzen hinsichtlich Umwelt, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft stehen müssen. Unterschiedliche Zukunftsvorstellungen leiten Entscheidungen und Handeln der verschiedenen Akteur*innen.

Die demokratisch verfasste Marktwirtschaft sieht sich konfrontiert mit einer Vielfalt unterschiedlicher Regimetypen. Kriege destabilisieren Weltregionen. Der russische Angriffskrieg tobt in der Ukraine. Der Gazakrieg kann sich auf den gesamten Nahen Osten ausweiten. Politische Gewalt destabilisiert viele Gegenden, zum Beispiel in Äthiopien, im Jemen oder in der Sahelzone.

Derweil verschärfen Schuldenkrisen in verschiedenen Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen in Verbindung mit der Klima- und Biodiversitätskrise den

Mangel an sozialer Sicherheit. Not und Verzweiflung machen Menschen anfällig für autoritäre Agitation. Der Kollaps der öffentlichen Ordnung in Haiti ist ein Warnsignal. In diesem schwierigen Kontext lohnt es sich, neu zu überlegen, was Entwicklung bedeutet, wie sie zustande kommt, und welche Institutionenlandschaft multipolare Kooperation ermöglicht.

1. WAS ENTWICKLUNG BEDEUTET

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN-Agenda 2030 definieren nachhaltige Entwicklung als Förderung und Schutz des globalen Gemeinwohls. Ausgangspunkt ist das Recht jedes Menschen auf Selbstbestimmung, also der emanzipatorischen Freiheit zu handeln. In Ländern mit niedrigen Pro-Kopf-Einkommen ist das besonders schwer zu erreichen, wohingegen vor allem die Länder, die historisch die Umwelt besonders belastet haben, die Hauptverantwortung für die ökologische Gesundheit des Planeten tragen.

Deutschlands System für internationale Zusammenarbeit ist darauf ausgerichtet, Unterstützung für nachhaltige Zukünfte zu liefern und reziproke Beziehungen mit gleichen Rechten, aber möglicherweise unterschiedlichen Pflichten aufzubauen.

Partnerschaften gibt es mit Ländern aller Einkommensgruppen, einschließlich der OECD. Die Beziehungen sollen weder von Hilfsattitüden noch Ab- und Ausgrenzungslogiken geprägt sein, sondern dazu dienen, nachhaltige Zukünfte innerhalb der planetaren Grenzen zu entwerfen und zu verwirklichen. Partnerschaften und Kooperationen beruhen auf den Menschenrechten und sollten im Idealfall demokratischen und liberalen Werten entsprechen.

Entwicklung folgt nicht automatisch aus Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung. Sie resultiert aus Prozessen zur Schaffung nachhaltiger Zukünfte. Voraussetzungen sind die Beseitigung existenzieller Armut und die Ermöglichung breiter Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben.

Während Zukünfte immer kontextabhängig bleiben, werden sie unmöglich, wenn menschliches Leben auf der Erde innerhalb der planetaren Grenzen nicht gewährleistet bleibt. Das gilt grundsätzlich und hat Folgen für globale Zusammenarbeit und globale Governance, die so gestaltet werden müssen, dass auf der lokalen Ebene Chancen entstehen und auf der globalen Ebene Nachhaltigkeit gesichert bleibt. Soziale Gerechtigkeit muss hierbei stets gewährleistet sein.

2. WIE NACHHALTIGE ZUKÜNFTEN GESCHAFFEN WERDEN

Zukünfte nachhaltig zu gestalten, wie die UN-Agenda 2030 und die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie es fordern, ist eine mul-



In internationaler Zusammenarbeit steigt Südafrika aus fossiler Energie aus: Sekundarschüler*innen mit Solarpanel.

tidimensionale Querschnittsaufgabe, die Innen- wie Außenpolitik betrifft und Zivilgesellschaft, staatliche Stellen und Privatwirtschaft einbezieht. Erfolgsvoraussetzung ist die Zusammenarbeit von Entscheidungsträgern auf verschiedenen Ebenen (lokal, regional, national, global) und aus verschiedenen Sektoren.

Politik für nachhaltige Entwicklung und Zukünfte erfordert im 21. Jahrhundert planetares und kooperatives Denken. Sie muss den Dialog mit Gemeinschaften in verschiedenen Weltregionen suchen, um globale öffentliche Güter zu schützen. Dazu gehören unter anderem:

- soziale Gleichheit und das Ende der Armut,
- Frieden und politische Teilhabe,
- gesunde Ökosysteme und stabiles Klima,
- Pluralismus und kulturelle Vielfalt.

Zu den entscheidenden politischen Hebeln gehören nachhaltige Strukturen für Finanzmärkte, robuste soziale Absicherung, Ernährungssicherheit, stärkere Bildungssysteme, Wissenschaft, Forschung und Technologieentwicklung, soziale Kohäsion, eine regelbasierte Weltordnung und Frieden.

Entwicklungspolitik und internationale Kooperation können diese Hebel nicht alleine bedienen, müssen sie aber nutzen und zu ihrer Effektivität beitragen. Im Idealfall liegt der Fokus auf strukturell transformativer Politik, um die institutionellen, technischen und infrastrukturellen Grundlagen für mittel- und langfristigen Wandel zu schaffen.

Typischerweise legen Regierungsverhandlungen den Fokus internationaler Zusammenarbeit fest. Entsprechend setzen dann Durchführungsorganisationen Maßnahmen um, wofür sie über eine breite Palette von Instrumenten und Formaten verfügen.

Aktuelle Beispiele sind die Partnerschaften für eine gerechte Energiewende, die Deutschland und andere Geberländer mit Südafrika und Indonesien zur Unterstützung des Ausstiegs aus fossiler Energie 2023 vereinbart haben. Deutschland wirkt auch bei der Suche nach politischen Lösungen für die Konflikte in der Ukraine, im Gaza und dem Sahel mit. Das ist offenkundig sehr schwierig, führt aber dennoch zu Aufträgen an Durchführungsorganisationen. Hier stehen humanitäre Interventionen oder der



Die Zivilgesellschaft ist wichtig: Forderungen an die G20-Regierungen 2023 in Jakarta.

Austausch mit zivilgesellschaftlichen Gruppen im Vordergrund. Dies ist besonders dort wichtig, wo zwischenstaatliche Kooperation zunehmend schwieriger wird.

3. GLOBAL GOVERNANCE UND MULTILATERALISMUS

Globale Krisen prägen unsere Welt: Klima, Biodiversität, Krieg, soziale Spaltung und zunehmender Autoritarismus in vielen Ländern aller Einkommenskategorien und Kontinente. Die internationale Ordnung verschiebt sich. Ob konstruktive Kooperation möglich bleibt, hängt von heutiger Politik ab. Andernfalls droht der Zerfall der internationalen Staatengemeinschaft in konkurrierende Ordnungssysteme.

Wir haben jedoch nur einen Planeten, von dessen Gesundheit unser aller Zukunft abhängt. Das multilaterale System ist nötig, um Meinungsverschiedenheiten zu artikulieren, Kompromisse zu suchen und Konsens zu finden. Ohne dies werden gemeinsame Lösungen für große globale Probleme unmöglich. Deutschland, die EU und die Welt tun gut daran, politisch, finanziell und intellektuell in multilaterale Institutionen mit vielfältiger geographischer Repräsentanz zu investieren – von den UN über die multilateralen Entwicklungsbanken und die Welthandelsorganisation bis hin zu den G20.

Die existierenden multilateralen Strukturen entstanden überwiegend nach dem Zweiten Weltkrieg. Reformen müssen sie auf heutige Aufgaben ausrichten. Die Leitungsgremien spiegeln zu oft unsere multipolare Realität nicht wider. Das muss sich ändern, um Akzeptanz bei allen

zu finden und das gemeinsame Handeln zu ermöglichen, das globale Krisen erfordern. Die Alternative wäre eine in konkurrierende Ordnungssysteme zerfallende Welt, die das Rennen mit dem Klimawandel, dem Schwund der Artenvielfalt, der gesellschaftlichen Polarisierung und der wachsenden Autokratisierung nicht gewinnen kann.

Zugleich werden nichtstaatliche Formen der internationalen Zusammenarbeit wichtiger, zumal Demokratie samt Meinungs- und Redefreiheit nicht mehr selbstverständlich sind. Das betrifft Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Beispiele für internationale Wissenschaftskooperationen sind das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), die Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES), das Belmont Forum, Future Earth oder auch das Think-tank-Bündnis Think20.

Entwicklungspolitik und internationaler Zusammenarbeit geht es um Kooperation in einer Welt, in der derzeit starke Kräfte mehr auf Abgrenzung und Spaltung setzen. Es geht um dringend nötige Transformationspfade für eine – in Vielfalt vereinte – gemeinsame Zukunft menschlichen Lebens auf der Erde.



ANNA-KATHARINA HORNIDGE
leitet das German Institute of Development and Sustainability (IDOS) und hat

die Professur für globale nachhaltige Entwicklung an der Universität Bonn inne.

X / LinkedIn: @AnnaK_Hornidge
anna-katharina.hornidge@idos-research.de

GLOBAL GOVERNANCE

„Die Kompetenzen zur Veränderung sind vor Ort“

Globale Entwicklungshilfe folge weiterhin neokolonialen Mustern, beklagt Pirmin Spiegel, Hauptgeschäftsführer von Misereor, dem katholischen Werk der Entwicklungszusammenarbeit. Um Empfängerländer bei nachhaltiger Entwicklung zu unterstützen, müssten Geberländer und -organisationen stärker die Perspektiven der Menschen vor Ort berücksichtigen und mehr auf Kooperation setzen als auf Konkurrenz.

Pirmin Spiegel im Interview mit Jörg Döbereiner

Herr Spiegel, was bedeutet für Sie Entwicklung?

Entwicklung meint nicht nur ökonomischen Erfolg, Machtgewinn oder technische Neuerungen, sondern insbesondere mehr Gemeinwohl, Solidarität und Gerechtigkeit. Entwicklung muss vierfach nützen: erstens den Hungernden oder Armgemachten; zweitens den benachteiligten Minderheiten wie Indigenen; drittens der Schöpfung, der Natur, dem Planeten; und viertens den künftigen Generationen. In Anlehnung an die im südlichen Afrika entstandene Ubuntu-Philosophie formuliert: Wir selbst können uns nur mit anderen gemeinsam entwickeln, nicht ohne sie oder gegen sie.

Im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele ist jedes Land ein Entwicklungsland. Keines hat diese Ziele zu hundert Prozent erfüllt, alle sind Lernende. Die Ziele von Entwicklung können sich je nach Land, auch lokal, stark unterscheiden.

In welcher Hinsicht müssen sich Industrieländer entwickeln?

Sie müssen lernen, besser zuzuhören. Die Weltlage hat sich verändert. Wir merken etwa beim Krieg Russlands in der Ukraine und auch im Gazakrieg, dass die Staaten großer Bündnisse wie Mercosur, der Afrikanischen Union oder der Asia-Pacific Economic Cooperation nicht automatisch Verbündete des sogenannten Westens sind.

Die Vorbehalte anderer gegenüber Europa und Nordamerika sollten wir ernst nehmen und nachfragen, wenn wir etwas nicht verstehen. Allzu oft halten wir uns selbst für die größten Universalisten und kümmern uns dabei vor allem um die Krisen und Weltprobleme, die uns unmittelbar selbst betreffen. Wenn Geberländer governancetauglich werden wollen, müssen sie nicht nur ihre Verteidigungsfähigkeit ausbauen, wie es derzeit viele tun, sondern auch globale Kooperation. Der Umbruch, in dem wir leben, ist eine Chance und kann ein Ausgangspunkt von Entwicklungsschüben sein.

zu hören und zu verstehen gilt. Obwohl in Deutschland beispielsweise viel über Migration diskutiert wird, ist vielen Menschen hierzulande nicht bekannt, dass die meisten Geflüchteten weltweit im eigenen Land als Binnenflüchtlinge leben.

Die Halbzeitbilanz der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) zeigte, dass die Weltgemeinschaft im Fahrplan bis 2030 weit zurückliegt. Sind die SDGs wirklich eine kohärente Agenda, an der sich Regierungen im Hinblick auf Entwicklung orientieren können – oder eher ein kaum erreichbares Ideal?

Die Vorgänger der SDGs, die acht Millenniumsziele für das Jahr 2015, wurden von vielen im sogenannten globalen Süden als Ziele Europas oder des globalen Nordens wahrgenommen, aber nicht als die eigenen. Mit den SDGs sind wir weitergekommen. Es sind weniger Ziele aus einer bestimmten Perspektive heraus, sondern eher integrale Entwicklungsziele, die einen Horizont eröff-



Indigene protestieren für den Schutz des Amazonas-Regenwalds in Belem, Brasilien, 2023.

Ebenso müssen wir lernen, dass unser europäischer Blick nicht die Gemeinwohlinteressen aller abdeckt. Es gibt nie nur die eine Geschichte, in der wir im Zentrum stehen, sondern immer auch die Geschichte der Vulnerablen, der Kolonisierten, die es

nen und Orientierung bieten. Misereor legt besonderen Wert auf das SDG-Motto „Leave no-one behind“. Niemand soll zurückbleiben auf diesem Planeten. Die Armen, Vulnerablen und die Natur kommen zuerst. Ihre Perspektive muss Teil der Diskussion sein,

und wir können dazu beitragen, dass sie gehört werden.

Trotz ambitionierter Ziele: Überwiegen am Ende nicht doch nationale und regionale Interessen, auch angesichts der erwähnten geopolitischen Spannungen?

UN-Abkommen wie das 2023 verabschiedete zum Schutz der Biodiversität auf Hoher See zeigen, dass multilaterale Kooperation funktioniert, trotz nationalistischer Tendenzen. Globale Herausforderungen können wir auch nur global lösen. Allerdings haben Industrieländer Versprechen abgegeben, auch über Milliarden Hilfgelder, die nicht eingehalten werden. Solidarität darf aber nicht nur versprochen, sondern muss auch gelebt werden. Also: Mehr Kooperation wagen, nicht zuletzt, um das Erdsystem zu stabilisieren.

„Um der Erde und der Menschen Willen müssen wir weniger in Konkurrenzen denken und mehr in Kooperationen. Der Abbau von Risiken oder Bürokratie darf nicht auf Kosten von Menschenrechten gehen.“

Welche Rolle kommt dabei Geberorganisationen wie Misereor zu?

Sie sind das Ergebnis einer ungleichen, asymmetrischen Welt, auch von den Lebensstilen des globalen Nordens in den vergangenen 200 Jahren. Aus Sicht von Misereor geht es im Kern darum, Hilfe zu verteidigen, zu kritisieren und zu überwinden. Verteidigen müssen wir Hilfe dort, wo sie notwendig ist, weil Menschen in Not sind. Sie haben ein Recht darauf. Wir kritisieren aber Hilfe, wenn sie zu neuen Abhängigkeiten führt. Überwinden müssen wir sie insofern, als dass die Menschen selbst über ihre Geschichte bestimmen sollen. Unsere Aufgabe ist die Unterstützung der Vulnerablen, dahinter steht das langfristige Ziel, uns überflüssig zu machen beziehungsweise Hilfe zu überwinden.

Wie lässt sich vermeiden, dass Länder, die Unterstützung erhalten, in neue Abhängigkeiten geraten?

Bei Misereor sollen Projekte keine kolonialen Geber-Attitüden haben, sondern wir verfahren nach dem Antragsprinzip, wie übrigens auch die evangelische Geschwister-Organisation Brot für die Welt. Das heißt, erst dann, wenn Partner ein Projekt beantragt haben, bringen wir es auf den Weg. So kommen wir in den Dialog und zu einem guten Ergebnis. Die Qualität der Projekte bestimmen sowohl unsere Partner als auch wir. Es geht darin nicht nur um höhere Lebensqualität, sondern ebenso um Ownership. Die betroffenen Menschen und Gruppen erspüren, dass die Projekte ihre eigenen sind.

Ein beliebter Kritikpunkt an Entwicklungsprojekten ist mangelnde Nachhaltigkeit. Sobald sie enden, versanden oft auch die Fortschritte. Wie bleibt Entwicklung in den Empfängerländern?

Nach meiner Erfahrung ist es zentral, die kulturelle Dimension zu beachten, nicht nur die soziale, ökonomische und ökologische. Solange wir die Besonderheiten der Regionen und den Pulsschlag der Menschen vor Ort nicht kennen, werden wir nicht systemverändernd tätig sein können. Es mögen kurzfristige Vorteile entstehen, die aber nicht nachhaltig sind. Wir müssen darauf vertrauen, dass die Kompetenzen zur Veränderung vor Ort sind. Wir können sie bestärken und ermutigen, aber wir können sie nicht einfach exportieren. Für Misereor bedeutet das: Wir sind eine lernende Organisation. Im Dialog über die Projekte lernen wir unsere Partner vor Ort kennen und umgekehrt.

Außerdem arbeiten in unserer Hauptgeschäftsstelle in Aachen Menschen, die aus 19 verschiedenen Ländern kommen. Gerade eben war ich in einer Gruppe, die koloniales Erbe und Dekolonialisierung diskutiert. Menschen aus dem Senegal, Burkina Faso und Bangladesch erklärten, wie aus ihrer Sicht heute Neokolonialität systembedingt weitervererbt wird. Das geschieht etwa in Handelsverträgen, die ein asymmetrisches Verhältnis von Ressourcengebern und -empfängern spiegeln. Stattdessen sollten wir die Interessen und Bedürfnisse unserer Partner wahrnehmen. Deshalb unterstützt Misereor beispielsweise das Lieferkettengesetz der EU. Es soll unter anderem Produktionsketten transparenter machen und ermöglicht benachteiligten Gruppen, gegen Ausbeutung zu klagen.

Eine Mehrheit der EU-Staaten stimmte dem Lieferkettengesetz kürzlich zu – nach langen Debatten und erheblichem Widerstand, insbesondere auch aus Deutschland.

Die Haltung der Bundesregierung hat uns enttäuscht. Wir versuchten, im Rahmen unserer Möglichkeiten Einfluss zu nehmen, aber die Lobby der anderen Seite war stärker. Viele Unternehmen in Deutschland unterstützen das Lieferkettengesetz. Zugleich gibt es große Akteure und Parteirichtungen, die es für zu bürokratisch halten und Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt sehen. Aus ökonomischer Sicht mag das kurzfristig nachvollziehbar sein. Aber um der Erde und der Menschen Willen müssen wir weniger in Konkurrenzen denken und mehr in Kooperationen. Der Abbau von Risiken oder Bürokratie darf nicht auf Kosten von Menschenrechten gehen. Sonst befriedigen wir nur kurzfristige Interessen, aber erreichen keine nachhaltige Entwicklung. Dies kann dazu führen, dass andere sagen: Ihr lebt Eure Werte nicht, Ihr habt eine Doppelmoral und seid scheinheilig.

Kann gezielt eingesetzte Entwicklungshilfe nicht sowohl Empfängerländer voranbringen als auch ökonomischen und politischen Interessen der Geberländer dienen?

Langfristige Entwicklung ist wichtig. Vertreter*innen des Westens argumentieren gern, dass sie in bestimmten Weltregionen schneller sein müssten als China, dass also ein geopolitisches Interesse zur Zusammenarbeit bestehe. Das habe ich zum Beispiel vor Ort beobachtet im Rahmen der Verabschiedung des Mercosur-Vertrages am Beispiel der Amazonasregion. Dies mag zwar auch eine geopolitische Frage sein. Aber in erster Linie geht es um den Amazonas, die Indigenen, unser Erdsystem. Erreicht der Amazonas seinen Kippunkt, nützt das weder China noch Europa. Wir können die Erkenntnisse der Wissenschaft und unsere Wertesysteme nicht schleifen lassen. Die aktuelle Aufgabe, Verantwortung für das Erdsystem, Kooperation und wertebasierte Zusammenarbeit, bleibt, um im Heute das Morgen zu bauen.



PIRMIN SPIEGEL
ist Hauptgeschäftsführer des katholischen Werks der Entwicklungszusammenarbeit Misereor.

hgf@misereor.de

POSTKOLONIALE MISERE

Wessen Entwicklung?

„Globale Entwicklung“ ist ein Standardbegriff im internationalen Diskurs. Er bedeutet – grob gesagt –, den Lebensstandard der Menschen zu heben. Forschende und Politiker*innen in ehemaligen Kolonien fragen jedoch gern: „Wessen Entwicklung?“ Denn letztlich sind die früheren Kolonialmächte immer noch privilegiert.

Von Sundus Saleemi

Der unterschiedliche Werdegang „entwickelter“ und „unterentwickelter“ Volkswirtschaften hat historische Gründe. Postkolonialen Wissenschaftler*innen zufolge kamen die heutigen entwickelten Volkswirtschaften zu Reichtum, indem sie Ressourcen ihrer Kolonien ausbeuteten, von Sklaverei und Zwangsarbeit profitierten und mit Militärgewalt Handelsmonopole schufen. Das beförderte ihre wirtschaftliche Entwicklung, sabotierte aber die der Kolonien.

Auch nach der Unabhängigkeit blieb die wirtschaftliche und politische Macht ungleich verteilt. Die ehemaligen Kolonialmächte sind nach wie vor wohlhabender und haben international mehr Einfluss. Anders gesagt: Sie haben ihre Kolonien verloren, aber nicht ihre Privilegien.

Wie die Wissenschaftler Daron Acemoglu und James A. Robinson in ihrem Buch „Why nations fail“ darlegen, schufen die Europäer in vielen von ihnen kolonisierten Regionen sogenannte extraktive Institutionen. Diese maximierten den Abbau von Ressourcen zugunsten der imperialen Mächte und bestanden oft auch nach dem formellen Ende der Kolonialherrschaft fort.

Die postkoloniale Entwicklungskritik hinterfragt auch, ob die Errungenschaften der heutigen Industrienationen tatsächlich als Fortschritt zu sehen sind. Hinsichtlich einiger Kriterien für menschliches Wohlergehen gab es diesen zwar – allerdings auf Kosten anderer Völker und der Umwelt.

Die Klimakrise ist ein Beispiel dafür. Sie ist die größte Herausforderung der Menschheit und direkte Folge der rasanten Industrialisierung nach europäischem und nordamerikanischem Vorbild. In den

etablierten Industrienationen lebt nur ein Bruchteil der Weltbevölkerung, der aber den Großteil der historischen CO₂-Emissionen verursacht hat.

Es gibt viele Meinungen dazu, was Regierungen, Entwicklungsorganisationen und Politiker*innen für die Lebensqualität eines Landes tun können. Der Werdegang der reichen Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigt, dass historische, geografische, institutionelle und sozioökonomische Faktoren zusammenspielen. Viele dieser Länder haben sich schon früh industrialisiert, im 18. und 19. Jahrhundert. Technologische Innovationen und die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen waren dafür wesentlich.

Die industrielle Revolution beschleunigte das Wirtschaftswachstum und die Urbanisierung drastisch. Günstige geografische Bedingungen spielten eine wichtige Rolle: fruchtbares Land, schiffbare Wasserwege für den Handel und Zugang zu Rohstoffen wie Kohle, Eisen und Holz. Die Expansion der europäischen Imperien vom 16. bis zum 20. Jahrhundert verhalf diesen nicht nur zu weiteren Ressourcen, sondern auch zu neuen Märkten und Arbeitskräften, wie postkoloniale Kritiker*innen bemerken.

Die Industrialisierung fußte somit auf dem Imperialismus. Es ist kein Zufall, dass

die industrielle Revolution in England zu einer Zeit stattfand, in der die Sonne über dem britischen Empire nie unterging, da dessen Territorien über die ganze Welt reichten.

Andere Nationen erzielten im 20. Jahrhundert auf anderen Wegen Wachstum und hohe Einkommen. Ressourcenstarke Länder im Mittleren Osten wurden wohlhabend, indem sie ihre eigenen Ölindustrien etablierten. Ostasiatische und südostasiatische Länder stellten ihre Landwirtschaft um und nutzten den Export, um sich schnell zu industrialisieren. Einige, insbesondere auch China, entwickeln Wissensökonomien, die von Innovationen profitieren, etwa in den Dienstleistungssektoren.

WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT UND AUFBAU VON INSTITUTIONEN

Auch technologischer Fortschritt war wichtig. Ihr Reichtum erlaubte es Europa und den USA, in wissenschaftliche Forschung zu investieren, was Fertigung, Verkehr, Kommunikation und Gesundheitswesen voranbrachte. Im späten 19. Jahrhundert hatten sich in den Industrieländern Hochschulen etabliert, die sich nicht auf Grundlagenforschung konzentrierten, sondern auf technologische Anwendungen.

Laut dem Wirtschaftshistoriker Joel Mokyr legten intellektuelle Entwicklungen und kulturelle Veränderungen den Grundstein für das industrielle Wachstum. Die wissenschaftliche Revolution des 17. Jahrhunderts förderte empirische Beobachtung, Experimente und rationale Untersuchungen. Zusammen mit der vermehrten Verbreitung des Wissens war sie Mokyr zufolge



Politischer Aktivismus wirkt: Gewerkschaftsprotest in Seoul im Jahr 2023.



Die industrielle Revolution brachte neue Institutionen und Infrastruktur: Bahnlinie zwischen Liverpool und Manchester im frühen 19. Jahrhundert.

die intellektuelle Basis für technologischen Fortschritt. Institutionen wie Universitäten, wissenschaftliche Gesellschaften und Akademien spielten eine große Rolle dabei, Ideen auszutauschen und neues Wissen zu schaffen.

Im Zuge der Industrialisierung erlebten viele Länder einen raschen institutionellen Wandel. Die Städteplanung entwickelte sich, und Infrastruktur wurde gebaut, etwa Eisenbahnen, Straßen, Wasserleitungen und schließlich Stromnetze. Grund- und später Sekundarschule wurden Pflicht. Um all das zu finanzieren, wurden die Steuern erhöht. Es entstanden soziale Sicherungssysteme, und repräsentative Regierungsformen wurden wichtiger. Neuerungen im Finanzsektor ließen das Kapital effizient fließen.

Was ließ diese Institutionen entstehen? In ihrem Buch „Macht und Fortschritt“ zeigen Acemoglu und Simon Johnson: Zwar führten technologische Durchbrüche zu höherer Produktivität und mehr Reichtum – aber Wohlstand verbreitete sich dort, wo politische Bewegungen dafür sorgten, dass Gewinne verteilt wurden. Gewerkschaften verbesserten das Leben der Arbeiterklasse maßgeblich. Die Autoren weisen aber auch darauf hin, dass progressiver Aktivismus vielerorts unterdrückt wurde. In den US-Südstaaten etwa führte die Sklaverei zu brutaler Ungleichheit. Acemoglu und Johnson zeigen, dass institutioneller Wandel durch kollektives politisches Handeln vorangetrieben wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war für Fachleute Entwicklung gleichbedeutend

mit Wirtschaftswachstum. Man glaubte, Volkswirtschaften würden wachsen, wenn sie statt Rohstoffen und landwirtschaftlichen Grunderzeugnissen wie Nahrungsmitteln hochwertige Produkte herstellten. Welche Institutionen nötig sind, um die gewünschten Ergebnisse zu erzielen, wurde übergangen.

Der Fokus auf Wachstum wurde auch aus verschiedenen anderen Gründen kritisiert. So überzeugt etwa das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nicht als Maß für Lebensqualität. Es ist definiert als Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die in einer Volkswirtschaft in einer bestimmten Zeit neu produziert werden – berücksichtigt aber etliche wichtige Waren und Dienstleistungen nicht, beispielsweise durch Subsistenzlandwirtschaft erzeugte Lebensmittel oder haushaltsbezogene Betreuungsleistungen für Kinder und ältere Menschen.

Das BIP ignoriert auch wichtige nicht-marktbezogene Aspekte eines guten Lebens wie saubere Luft, Grünflächen, Wissen, zwischenmenschliche Beziehungen und Freiheit von Gewalt. Dafür umfasst es auch Werkzeuge, Waffen und Technologien, die das menschliche Leben beeinträchtigen können.

Das BIP erfasst zudem nicht, wie der in einer Volkswirtschaft geschaffene Wert verteilt ist. Es berücksichtigt nicht, ob nur einige wenige profitieren oder die breite Bevölkerung. Auch ökologische und soziale Kosten der Wertschöpfung bleiben unbeachtet.

Die große Frage ist, wie in benachteiligten Teilen der Welt menschliches Wohlergehen nachhaltig und breit angelegt werden

kann. Die Schwächen des Wachstumsparadigmas legen nahe, Entwicklung in einem weiteren Sinne zu fassen. Individuelle Freiheit ist relevant, aber auch ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit. Der Nobelpreisträger Amartya Sen formulierte eine Idee der menschlichen Entwicklung, die darauf abzielt, für alle Menschen mehr Möglichkeiten für ein lebenswertes Leben zu schaffen (siehe Praveen Jha auf Seite 18). Der Index der menschlichen Entwicklung, der die Kriterien Bildung, Gesundheit und Einkommen berücksichtigt, sowie die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) sind stark von Sens Ideen geprägt.

Laut Esther Duflo und Abhijit Banerjee, beide ebenfalls mit dem Nobelpreis geehrt, offenbart die Geschichte heutiger Industrieländer nicht den einen Weg hin zu Entwicklung. Aber eine Lehre lässt sich daraus ziehen: Es ist wichtig, in die Menschen zu investieren. Infrastruktur und Institutionen müssen verfügbar gemacht werden, um Gesundheit und Bildung zu fördern. Eine hochwertige Ausbildung und qualifizierte Arbeitskräfte steigern Produktivität, Innovation und Anpassungsfähigkeit an den technologischen Wandel. Eine effiziente Infrastruktur inklusive Verkehrsnetze, Energiesysteme und Telekommunikation ermöglicht den Transport von Waren, Menschen und Informationen – und steigert Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit.

Wie Sen treffend bemerkt: „Entwicklung erfordert die Beseitigung der wichtigsten Ursachen für Unfreiheit: Armut und Tyrannei, schlechte wirtschaftliche Chancen und systematische soziale Benachteiligung, Verwahrlosung öffentlicher Einrichtungen und Intoleranz sowie Überaktivität repressiver Staaten.“

LITERATUR:

Acemoglu, D., und Johnson, S., 2023: **Macht und Fortschritt.** Frankfurt am Main, Campus Verlag.

Acemoglu, D., und Robinson, J. A., 2012: **Warum Nationen scheitern.** Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch.



SUNDUS SALEEMI
ist Senior Researcher am
Zentrum für Entwicklungsfor-
schung (ZEF) der Universität
Bonn.

sundus.saleemi@gmail.com



Dürre in Afghanistan: Erwerbsmöglichkeiten in der Landwirtschaft schwinden.

KLIMAAUSSENPOLITIK

Klimakrise verschärft Not in Konfliktgegenden

Der Klimawandel macht vulnerablen Gruppen schwer zu schaffen. Dort, wo Gewaltkonflikte herrschen, ist die Lage besonders schlimm – und nachhaltige Entwicklung inklusive Klimaanpassung entsprechend besonders nötig.

Von Corina Pfitzner

Mit Afghanistan verbindet die deutsche Öffentlichkeit Instabilität und Krieg. Bei meiner Reise Ende 2023 habe ich gesehen, wie sehr der Klimawandel die ohnehin schon schwierige Lage weiter verschärft. „In diesem Jahr sind viele Menschen wegen der Dürre von hier weggezogen“, erzählte beispielsweise Abdul Haq, ein 30-jähriger Hirte aus Badghis. Er sucht täglich nach Futter und Wasser für seine Schafe. Vom Verkauf der Lämmer ernährt er sich, seine Frau, seine sechs Kinder und seine Eltern.

„Als es noch keine Dürre gab, bauten wir Getreide und Weizen an“, sagte er. Diese Erwerbsgrundlage besteht nicht mehr.

Wie in Afghanistan verschärft die Klimakrise auch andernorts Armut und Konflikte – ob in Südsudan, Somalia oder Syrien. Nothilfe wirkt kurzfristig, auf Dauer brauchen Menschen aber echte Perspektiven. Deshalb müssen Maßnahmen zur Friedens-

sicherung nicht mehr nur mit humanitärer Hilfe und nachhaltigen Entwicklungsvorhaben verknüpft werden. Heute sind auch Anpassung und Resilienzstärkung angesichts der globalen Erwärmung nötig.

Die Bundesregierung veröffentlichte Ende 2023 ihre Klimaaußenpolitikstrategie. Darin bezeichnet sie die Klimakrise als „eine der größten Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts“. Leider lässt die Strategie offen, wie betroffene Menschen in Krisenregionen konkret unterstützt werden sollen.

Laut UN-Entwicklungsprogramm betrug 2020 die Pro-Kopf-Klimafinanzierung für konfliktbetroffene Länder nur ein Drittel dessen, was andere Entwicklungsländer im Schnitt erhielten. Je fragiler ein Staat ist, desto weniger Klimageld fließt dorthin. Ohnehin dient die internationale Klimafinanzierung vor allem der Emissionsreduzierung, sodass 90 Prozent an Länder mit mittleren Einkommen gehen. Länder mit niedrigen Einkommen stoßen nur wenig Treibhausgase aus, leiden unter den Folgen aber stark.

Der neue Loss-and-Damage-Fund, auf den sich die Klimakonferenz in Dubai Ende 2023 geeinigt hat, ist wichtig. Er soll Länder mit niedrigen Einkommen für nicht mehr ausgleichbare Klimafolgen entschädigen.

Deutschland hat 100 Millionen Dollar zugesagt und sollte sicherstellen, dass diese Mittel auch Menschen in Krisenregionen erreichen und mehr Staaten in den Fund einzahlen. Das ist ein guter Anfang, aber es muss noch viel mehr geschehen. Auch andere Initiativen verdienen Unterstützung, wie die Women and Climate Security Initiative des UN Women's Peace and Humanitarian Fund, über die Frauenorganisationen in klimagefährdeten Ländern finanziert werden.

Nötig ist zudem eine bessere Risikoanalyse. Nicht nur wirtschaftliche Auswirkungen von Klimaschocks sind wichtig, sondern auch politische und gesellschaftliche Folgen. Zu untersuchen wäre, wie sich bestehende Konfliktstrukturen ändern und welche Gruppen das besonders bedroht. Ohne solches Wissen können Finanzmittel und Hilfsprogramme nicht dorthin gelenkt werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Eins ist klar: Die Resilienz der Menschen vor Ort muss gestärkt werden. Viele Organisationen arbeiten an innovativen Konzepten, schrecken aber vor konfliktbetroffenen Regionen mit fragiler Staatlichkeit oft zurück. Dort ist langfristige Veränderung aber besonders wichtig – und sie kann nur mit den betroffenen Gemeinschaften erreicht werden.

Vorausschauendes Handeln kann Familien helfen, landwirtschaftlich tätig zu bleiben und so ihre Nahrungsgrundlage zu sichern. In Syrien testet International Rescue Committee deshalb zusammen mit Bäuerinnen und Bauern, welches Saatgut auch in extremer Dürre noch sichere Erträge bringt. In Nigeria haben wir den Aufbau eines dezentralen digitalen Frühwarnsystems unterstützt, das Überschwemmungen vorhersagt. Es nutzt sowohl lokales Wissen als auch Satellitendaten.

Die Bundesregierung kann mit ihrer neuen Klimaaußenpolitikstrategie eine Vorreiterrolle bei der Antwort auf die globale Umweltkrise einnehmen. Der Erfolg wird daran zu messen sein, ob die Resilienz bedrohter Gemeinschaften gestärkt wird.



CORINA PFITZNER
ist die Geschäftsführerin von
International Rescue
Committee (IRC) in
Deutschland.

executiveoffice.germany@rescue.org

UN-ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Ungleichheit wächst

Laut UNDP entwickeln sich die Länder der Welt zunehmend ungleich. Eine Folge ist politische Polarisierung. Es ist aber mehr gemeinsames Handeln weltweit nötig.

Von Anna Sophie Schmitz

Der Index der menschlichen Entwicklung (HDI – Human Development Index), den das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP – United Nations Development Programme) jährlich ermittelt, ist aktuell auf dem höchsten globalen Wert aller Zeiten. Er liegt aber unter dem Niveau, das vor der Coronapandemie vorhergesagt wurde. Außerdem moniert die UN-Organisation die partielle und ungleiche Entwicklung.

Der diesjährige Human Development Report des UNDP trägt den Titel: „Breaking the gridlock: Reimagining cooperation in a polarized world“. Er belegt, dass sich die Welt nicht vollständig von den zahlreichen Krisen der letzten Jahre erholt hat. 18 von 35 der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs – Least Developed Countries), deren HDIs Rückschläge erlitten, haben noch nicht wieder ihre Werte von vor 2020 erreicht. Dagegen liegen alle Mitglieder der OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development), der Länder mit hohen und hohen mittleren Einkom-

men angehören, mittlerweile über den Vergleichswerten von vor der Pandemie.

Die beträchtlichen Entwicklungsunterschiede verschärfen laut UNDP Ungleichheiten zwischen den Ländern. Die Ärmsten blieben zurück. Kriege im Gazastreifen, in der Ukraine und im Jemen machten über Generationen hinweg erzielte Fortschritte in der menschlichen Entwicklung zunichte, für deren Beurteilung das UNDP nicht nur Einkommensdaten auswertet, sondern sich auch auf Bildungs- und Gesundheitsstatistiken stützt.

Die Rückschläge sind in Afghanistan und der Ukraine besonders deutlich, wie das UNDP berichtet. Der HDI Afghanistans ist um zehn Jahre gesunken. Die Ukraine wurde auf den Stand von 2004 zurückversetzt.

Bis 2019 war die Welt laut UNDP auf dem Weg, 2030 einen durchschnittlich „sehr hohen“ HDI-Wert zu erzielen und damit die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) zu erreichen. Das Ziel liege nun in weiter Ferne. Der globale HDI-Wert ist zwar wieder höher als vor der Pandemie, aber die Fortschritte sind geringer, als der Trend vor der Pandemie erwarten ließ.

Unzureichende Reaktionen auf die Coronapandemie, zaghafte Fortschritte bei der Bekämpfung des Klimawandels und

zunehmende geopolitische Spannungen: Das Scheitern kollektiver Maßnahmen behindert aus Sicht der UNDP-Fachleute nicht nur die menschliche Entwicklung, sondern verschärft auch Polarisierung.

Der Bericht argumentiert, ein „Demokratieparadoxon“ hemme internationale Zusammenarbeit: 90 Prozent der Menschen weltweit befürworteten Demokratie, jedoch unterstützten mehr als die Hälfte der Befragten Regierungen, die Demokratie und Multilateralismus bedrohen. Diese Entwicklung zeichne sich in Nord und Süd ab. Weltweit gewannen in immer mehr Ländern politische Parteien Unterstützung, die die Grundpfeiler der Demokratie unterminieren und schwächen. Politische Polarisierung sei ein kurzfristiger Reflex auf Spannungen. Auf lange Sicht führe sie zu Stillstand und Dysfunktionalität.

Politische Polarisierung steht im Widerspruch zur globalen Zusammenarbeit, wie der Report festhält. Menschen betrachteten Personen mit abweichenden Meinungen zunehmend als Feinde. Diese konfliktorientierte Haltung lege nahe, Ziele seien nur durch den Ausschluss anderer erreichbar, wo eigentlich Kooperation nötig sei.

Unterschiede zwischen den Ländern werden nicht verschwinden, so Pedro Conceição, der das Fachbüro des UNDP leitet und als Hauptautor des aktuellen Berichts fungiert. Internationale Zusammenarbeit müsse aber mehr sein als finanzielle Unterstützung armer Länder. Multilateralismus spiele eine fundamentale Rolle, um globale öffentliche Güter bereitzustellen und die Herausforderungen unserer Zeit anzugehen.

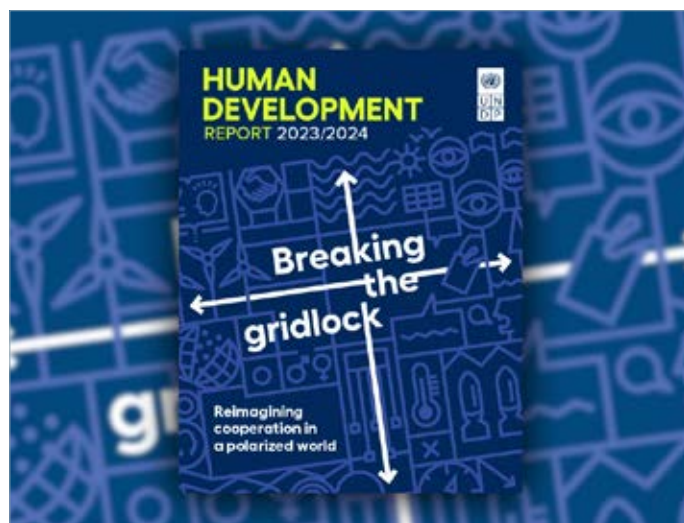
Der Bericht plädiert dafür, multilaterale Zusammenarbeit neu zu konzipieren, und schlägt eine Konzentration auf globale öffentliche Güter in vier Schlüsselbereichen vor: planetarische Stabilität, digitale Gerechtigkeit, Finanzmechanismen und Governance-Reformen. Hohe menschliche Entwicklung sei nur zu erreichen, wenn politische Polarisierung und Fehlinformationen überwunden würden.



ANNA SOPHIE SCHMITZ
ist Volontärin für
Öffentlichkeitsarbeit bei
Engagement Global. Dieser
Artikel entstand während ihrer

Stage in der E+Z/D+C-Redaktion.

annasophie.schmitz@engagement-global.de



<https://hdr.undp.org/content/human-development-report-2023-24>

Seit der COP28 in Dubai hat sich in Sachen Klimafinanzierung zu wenig getan.

Seite 9



Foto: picture-alliance/ASSOCIATED PRESS/Peter Dejong